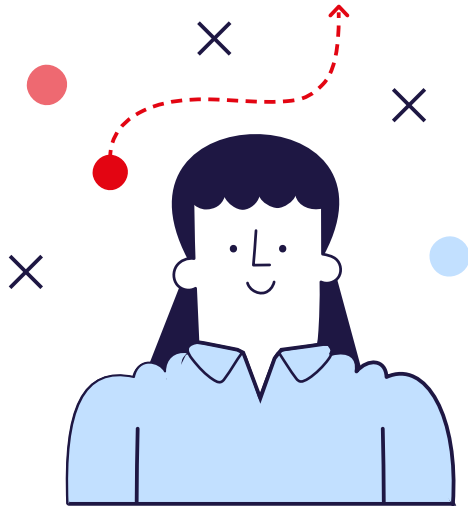
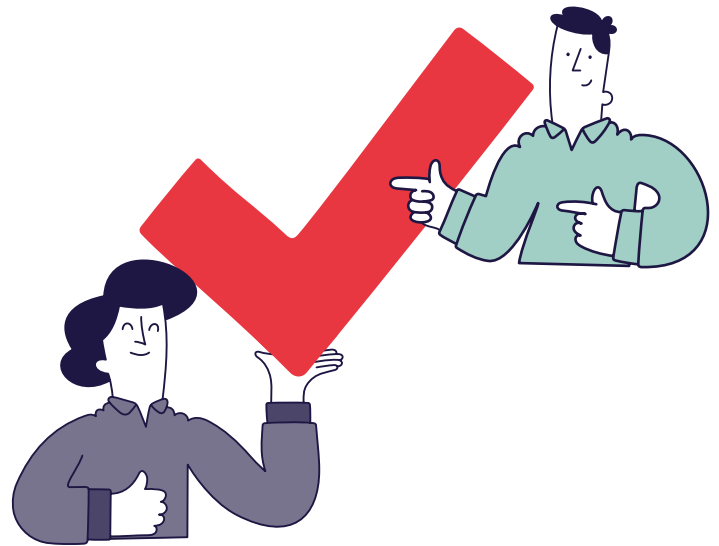


Jahresbericht 2025



Das Jahr 2025 in Zahlen 8



Grundlagen und Organisation 12

Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung..... 13

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» für die Jahre 2024–2027 13

Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»..... 13

Umsetzungsplan DVS mit Agenda DVS..... 13

Organisation 15

Politisches Führungsgremium 15

Operatives Führungsgremium..... 17

Delegiertenversammlung 18

Arbeitsgruppen 18

Einzelvertraglich mitwirkende Gemeinwesen..... 18

Geschäftsstelle..... 19

Umsetzungsplan..... 22

Stand der Umsetzung 23

Projekte 23

- Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen 23
- One-Stop-Government realisieren..... 27
- E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen 29
- Wertschöpfende Datennutzung fördern..... 30
- Cloud-enabled-Government ermöglichen..... 32
- Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren 33

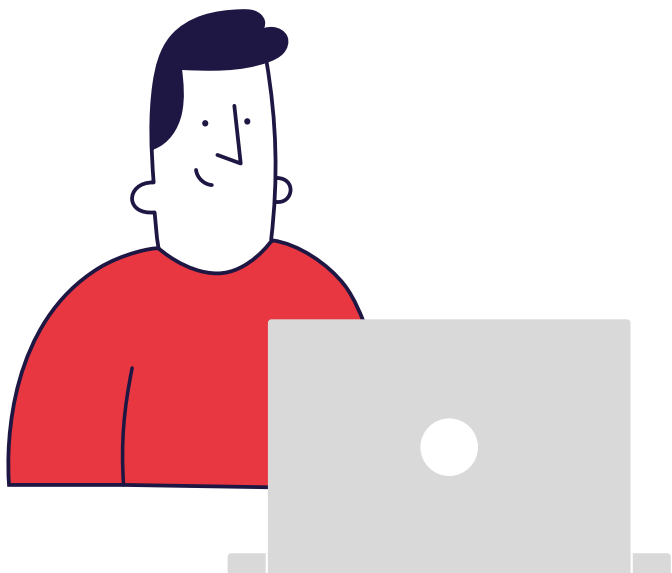
Weiterentwicklung der DVS..... 35

Leistungsschwerpunkte..... 35

- Standardisierung fördern..... 38
- Innovative Projekte fördern 38
- Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern..... 40
- Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken 40
- Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten..... 40
- Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen..... 41
- Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen 41

Operative Koordination beim Umsetzungsplan..... 45

Mittelverwendung Finanzierung 46



Monitoring..... 47

Monitoringbericht..... 48

Monitoring-Aktivitäten und Studien..... 48

Zahlen, Daten, Fakten..... 50

Kommunikation..... 52

Vernetzung und Wissensaustausch 53

Newsletter 57

Website..... 57

Publikationen..... 57

Medienarbeit..... 58

Gemeinsam investieren, zusammen nutzen

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Als Bundesrätin ist es mir ein zentrales Anliegen, dass die Bevölkerung einfach und auf sichere Weise mit der Verwaltung in Kontakt treten kann. An Veranstaltungen begegne ich häufig Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die dieses Anliegen teilen. In den Gesprächen mit ihnen werden viele Wünsche, aber auch Ängste an mich herangetragen. Sorgen bereiten einigen Menschen nebst geopolitischen Konflikten auch neue Technologien.

Vor diesem Hintergrund fördern wir im politischen Führungsgremium der DVS mit Blick auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, der Unternehmen und der Verwaltung die digitale Transformation. Nebst Koordination auf politischer und fachlicher Ebene ist die gemeinsame Finanzierung von Projekten und Leistungen ein Erfolgsfaktor. Mit der Zusammenarbeitsorganisation DVS investieren Bund und Kantone in eine zukunftsfähige digitale Verwaltung:



Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD und
Vorsitzende des politischen Führungsgremiums der DVS

So werden gesamtschweizerische Massnahmen priorisiert, finanziert und umgesetzt, damit später digitale Basisdienste und Infrastrukturen gemeinsam genutzt werden können.

Diese gemeinsamen Investitionen sind wertvoll. Damit wir auch künftig der Schweizer Bevölkerung eine fortschrittliche digitale Verwaltung anbieten können, haben wir im Jahr 2025 die Weichen für die Entwicklung der Organisation gestellt. Der Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen haben im Dezember 2025 das Zielbild für die zukünftige föderale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung verabschiedet. Es beschreibt, wie die digitale Transformation der Schweizer Verwaltungen vorangebracht werden soll: koordiniert, gesamtschweizerisch und gemeinsam.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD und
Vorsitzende des politischen Führungsgremiums der DVS

Was uns Mut macht

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Mitten in der Delegiertenversammlung der Digitalen Verwaltung Schweiz vom September 2025 erreichte uns eine Mitteilung: Das Vorhaben «DVS4U – Nachweisverwaltung für Behörden» hatte gerade im internationalen eGovernment-Wettbewerb gewonnen – in der Kategorie «Verwaltungsprozesse von Anfang bis Ende neu gedacht». Als ich den Delegierten die freudige Nachricht mitteilte, brach grosser Applaus aus. Die Freude über die Auszeichnung erinnerte uns an den Sinn unserer Zusammenkunft. Denn es sind Erfolge wie diese, die uns ermutigen, unseren Weg als DVS gemeinsam weiterzugehen.

Hinter jedem dieser Erfolge stecken engagierte Menschen, die bereit sind, Verwaltungsprozesse neu und von den Nutzenden her zu denken. Die den Mut haben, Dinge in kleinerem Rahmen auszuprobieren, die anschliessend schweizweit ausgerollt werden können.



Peppino Giarritta

Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz
Vorsitzender des operativen Führungsgremiums DVS

Und das äusserte sich im Jahr 2025 in Zahlen: Im Dezember haben alle 26 Kantone den elektronischen Lernfahrausweis eingeführt. Die Marke von einer Million AGOV-Accounts wurde ebenfalls im Dezember erreicht. Weitere eindrucksvolle Zahlen prägen das vergangene Jahr, wie Sie in diesem Jahresbericht lesen können. Auch vermeintlich kleine Zahlen machen einen Unterschied: So hat die DVS 2025 zwei neue Arbeitsgruppen gegründet und reagiert damit auf den Bedarf, komplexe Themen und Herausforderungen wie Beschaffungen oder Cloud-Infrastrukturen gemeinsam anzugehen.

Immer klarer zeichnete sich 2025 – im Rahmen der Weiterentwicklung der DVS – ab, in welche Richtung dieser Weg führt und wie die künftige föderale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung gelingen soll. Die ein oder andere Lösung gilt es auf dem Weg dahin noch zu finden. Ein Jahr wie 2025 ermutigt uns: Gemeinsam werden wir sie meistern.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.



Peppino Giarritta

Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz
Vorsitzender des operativen Führungsgremiums DVS

1 Das Jahr 2025 in Zahlen



1 Zielbild der künftigen
föderalen Zusammenarbeit im
Bereich der digitalen Verwaltung



26 Kantone bieten
den elektronischen
Lernfahrausweis an





2 Jahre unterwegs mit der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»

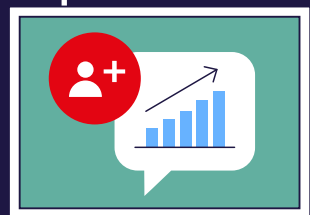


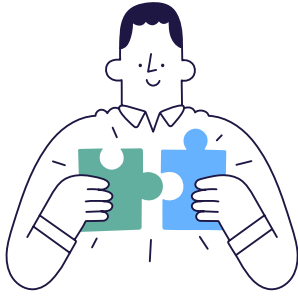
35 Artikel bilden die AGB für IKT-Leistungen, Ausgabe März 2025



73% der Bevölkerung erledigen mindestens die Hälfte der Behördendienste online

1 000 000 AGOV-Accounts





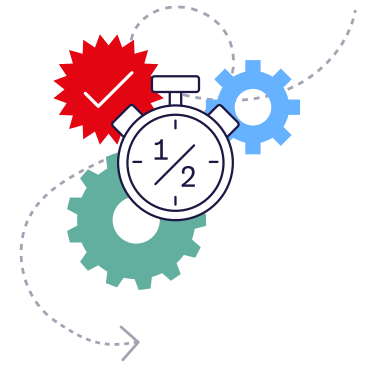
1 Zielbild der künftigen föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung

Bund und Kantone haben im Dezember 2025 einen gemeinsamen Grundsatzentscheid getroffen: Sie haben das Zielbild für die zukünftige föderale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung verabschiedet. Das Zielbild beschreibt, wie sich die digitale Verwaltung weiter entwickeln soll. Es umfasst zwei Stossrichtungen. Mit Stossrichtung 1 wird die gemeinsame Steuerung und die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden intensiviert. Parallel wird mit der Stossrichtung 2 eine neue Bundeskompetenz mit spezifischen Regeln zur Mitwirkung der Kantone, Städte und Gemeinden angestrebt, damit künftig wesentliche Standards für alle Gemeinwesen verbindlich sind.



26 Kantone bieten den elektronischen Lernfahrausweis an

Die DVS fördert gezielt Pilotprojekte zur Erprobung der e-ID-Vertrauensinfrastruktur swiyu. Ein Meilenstein ist der elektronische Lernfahrausweis (eLFA): Seit Ende 2025 ist er schweizweit verfügbar. In allen 26 Kantonen können Inhaberrinnen und Inhaber eines gültigen Papier-Lernfahrausweises zusätzlich einen elektronischen Lernfahrausweis beim Strassenverkehrsamt beantragen und diesen bequem digital auf dem Smartphone nutzen. Damit wird ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung moderner, nutzerfreundlicher Verwaltungsdienstleistungen erreicht.



2 Jahre unterwegs mit der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»

Zur Halbzeit der Umsetzung der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027» (Strategie DVS) konnten in allen strategischen Schwerpunkten Meilensteine und zum Teil bereits Projektabschlüsse erreicht werden. Mit der Strategie DVS legen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam fest, wie die digitale Transformation der Verwaltungen im föderalen Kontext vorangetrieben wird. Die Strategie definiert, welche Handlungsfelder auf allen drei föderalen Ebenen prioritär bearbeitet und welche strategischen Schwerpunkte in den Jahren 2024 bis 2027 gesetzt werden.



35 Artikel bilden die AGB für IKT-Leistungen, Ausgabe März 2025

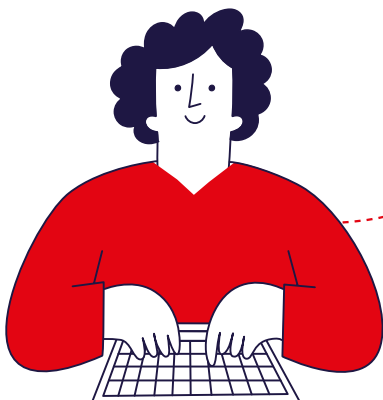
Mit der Veröffentlichung der AGB für IKT-Leistungen im März 2025 – erstmals durch die DVS – ging ein umfassender Revisions- und Abstimmungsprozess in der Verwaltung und mit der Privatwirtschaft zu Ende. Die AGB schaffen in ihren 35 Artikeln Transparenz und Vergleichbarkeit bei IKT-Angeboten und haben sich als breit akzeptierter Standard im Beschaffungswesen etabliert. Sie dienen Verwaltungen und Lieferanten als verlässliche Referenz und tragen dazu bei, Ausschreibungen zu beschleunigen sowie Angebote objektiv zu bewerten.

1 000 000 AGOV-Accounts

Es ist die Erfolgsgeschichte eines Basisdienstes: Knapp zwei Jahre nach der Lancierung hat der Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden AGOV Anfang Dezember 2025 die Marke von 1 Million registrierten Nutzerkonten überschritten. Zu den sieben Kantonen, die AGOV bereits eingeführt haben, kamen 2025 fünf weitere Kantone und einige Gemeinden dazu. Auch in der Bundesverwaltung kann das passwortlose Behörden-Login für ausgewählte Dienstleistungen genutzt werden.

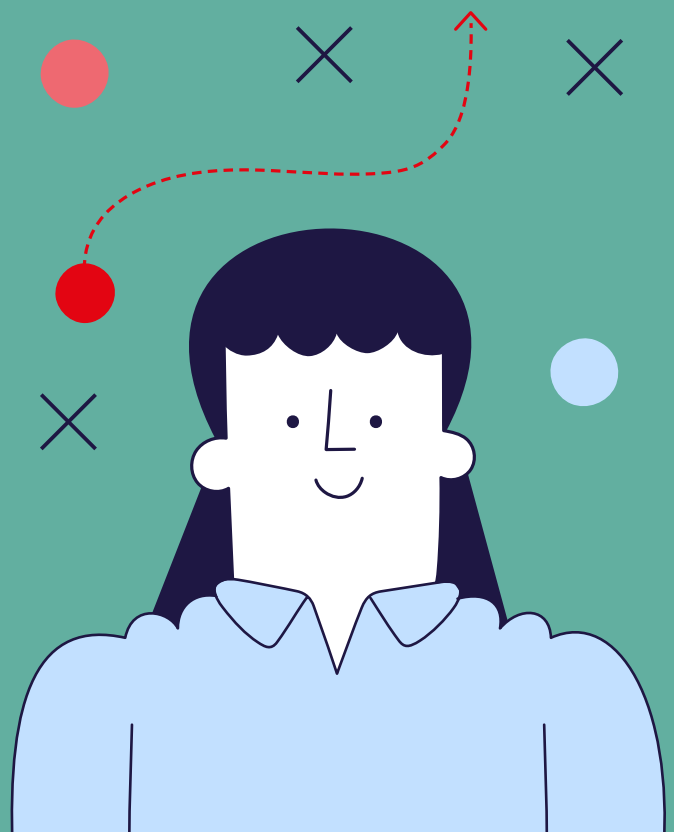
73% der Bevölkerung erledigen mindestens die Hälfte der Behördendienste online

Die Nutzung von digitalen Behördendiensten steigt um +4% in der Bevölkerung. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der Nationalen E-Government-Studie 2025. Hauptgründe, den digitalen Schalter zum Beispiel für die Steuererklärung oder den Bezug einer E-Vignette zu nutzen, sind Flexibilität und Zeitersparnis. Die Nationale E-Government-Studie wird alle drei Jahre erstellt und erschien zuletzt im März 2025.



2 Grundlagen und Organisation

Die Digitale Verwaltung Schweiz gestaltet die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden.



2.1 Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung

Die → [öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz](#) regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bereich der digitalen Transformation ihrer Verwaltungen. Die Kantone beziehen die Gemeinden ein. Der Bund und die Kantone sind gleichberechtigte Träger der DVS. Sie handeln durch den Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

2.2 Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» für die Jahre 2024–2027

Ausgehend von der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung und für den Bund gestützt auf das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) regeln Bund und Kantone in einer Vereinbarung die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste für die Digitale Verwaltung Schweiz» (Agenda DVS) für die Jahre 2024 bis 2027. Die zur Finanzierung vorgesehenen Projekte der Agenda DVS werden im Anhang aufgeführt. Der Anhang kann durch neue Vereinbarung aller Parteien revidiert werden. Es ist vorgesehen, ihn einmal jährlich zu revidieren. Die Revision des Anhangs 2026 wurde im Juni 2025 abgeschlossen.

2.3 Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»

Die → [Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»](#) trat per 1. Januar 2024 in Kraft. Mit dieser Strategie schaffen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden ein gemeinsames Verständnis für die Umsetzung und Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung.

Die kooperativ ausgelegte Strategie definiert, welche Handlungsfelder auf allen drei föderalen Ebenen prioritär bearbeitet und welche strategischen Schwerpunkte in den Jahren 2024 bis 2027 gesetzt werden. Sie gibt ebenfalls vor, wie die Zusammenarbeitsorganisation «Digitale Verwaltung Schweiz» die Gemeinwesen in der Umsetzung ihrer Aufgaben mit geeigneten Massnahmen unterstützt. Die Umsetzung der Strategie erfolgt gemeinsam durch Bund, Kantone, Städte und Gemeinden innerhalb der bestehenden Organisationen und geltenden Zuständigkeiten.

2.4 Umsetzungsplan DVS mit Agenda DVS

Der Umsetzungsplan DVS setzte sich per Ende Jahr 2025 aus 28 Projekten und 8 Leistungsschwerpunkten zusammen. Ein Grossteil der **Projekte** sind Vorhaben der Agenda DVS, die mit den Mitteln der gemeinsamen Anschubfinanzierung von Bund und Kantonen ermöglicht werden. Diese Projekte der Agenda DVS zählen zu den dringend erforderlichen digitalen Infrastrukturen und Basisdiensten, die gemeinsam aufgebaut werden. Zur Umsetzung dazu stellen der Bund und die Kantone für die Jahre 2024 bis 2027 zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung (Anschubfinanzierung). Zu den **Leistungsschwerpunkten** zählen insbesondere Aktivitäten der Geschäftsstelle DVS in den Bereichen Standardisierung, Architektur oder Innovationen.

Die Inhalte des Umsetzungsplans, der Fortschritt der Projekte und Massnahmen sowie die Vorhaben der Arbeitsgruppen sind in → [Kapitel 3](#) beschrieben.

2.5 Organisation

Die DVS koordiniert und fördert die digitale Transformation zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen. In den Gremien haben Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden Einsitz.

Organisation Digitale Verwaltung Schweiz

→ [Die Digitale Verwaltung Schweiz](#)

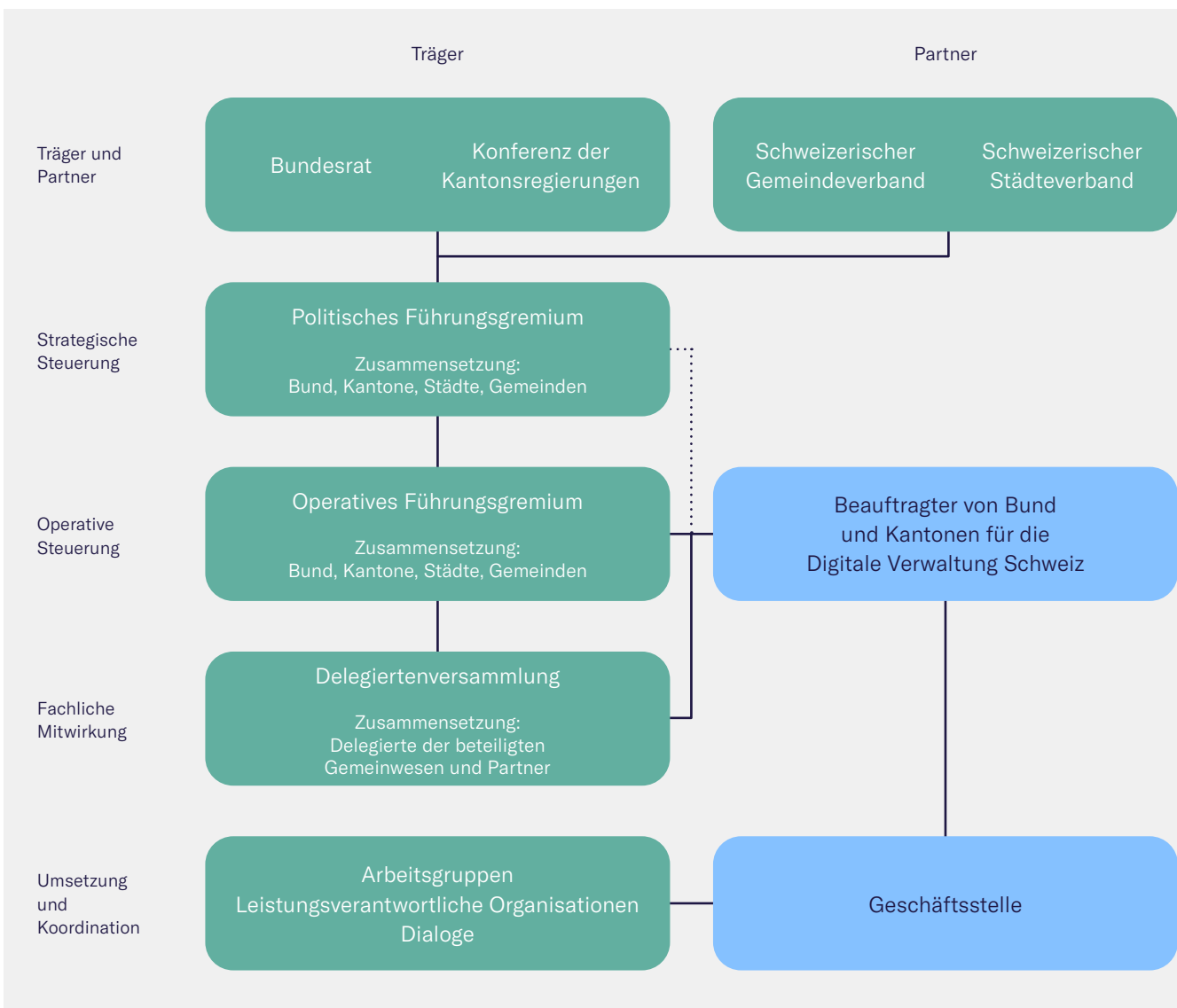


Abbildung 1 Organisation Digitale Verwaltung Schweiz

Politisches Führungsgremium

Das politische Führungsgremium ist das Gremium zur strategischen Steuerung der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz. Es ist verantwortlich für die Erarbeitung der Strategie und die Erreichung der darin festgelegten Ziele. Es besteht aus drei Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, sechs Vertreterinnen und Vertreter der Kantone und drei Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden. Der Vorsitz des Gremiums lag im Jahr 2025 bei Regierungsrat Markus Dieth, Kanton Aargau, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen KdK.

2025 setzte sich das politische Führungsgremium wie folgt zusammen:



Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Vorsteherin des Eidgenössischen
Finanzdepartements



Bundespräsident Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen
Departements für Wirtschaft, Bildung
und Forschung



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
Vorsteherin des Eidgenössischen
Departements des Innern



Regierungsrat Markus Dieth
Kanton Aargau
Präsident der Konferenz der
Kantonsregierungen



Staatsrat David Eray
Kanton Jura (bis Dezember 2025)



Staatsrätin Crystel Graf
Kanton Neuenburg (bis September 2025)



Staatsrätin Valérie Dittli
Kanton Waadt (seit Oktober 2025)



Regierungsrat Marc Mächler
Kanton St.Gallen



Regierungsrat Reto Wyss
Kanton Luzern



Staatschreiberin Kathrin Arioli
Kanton Zürich



Stadtpräsident Michael Künzle
Stadt Winterthur



Stadtpräsident Pierre Dessemontet
Stadt Yverdon-les-Bains



Gemeindepräsident Boris Tschirky
Gemeinde Gaiserwald

Im Berichtsjahr tagte das politische Führungsgremium am → 25. Februar, am → 3. April und am → 27. Oktober 2025. Neben den ordentlichen Geschäften stand insbesondere die Weiterentwicklung der Organisation DVS im Fokus.

Operatives Führungsgremium

Das operative Führungsgremium plant und koordiniert die Umsetzung der Strategie und ist für die Erarbeitung des Umsetzungsplans zuhanden des politischen Führungsgremiums verantwortlich. Es besteht aus dem Beauftragten sowie fünf Vertretenden des Bundes, sieben Vertretenden der Kantone und drei Vertretenden der Gemeinden.

Im Berichtsjahr tagte das operative Führungsgremium siebenmal: am 15. Januar, am 12. März, am 2. Juni, am 2. Juli, am 19. August, am 30. September und am 17. November 2025. Zudem fand am 16. Juni 2025 eine Klausur statt.

Das operative Führungsgremium setzte sich per Ende 2025 wie folgt zusammen:

- **Peppino Giarritta**
Beauftragter DVS (Vorsitz und Leitung)
- **Daniel Markwalder**
Delegierter des Bundesrates für digitale Transformation und IKT-Lenkung
- **Florian Schütz**
Delegierter des Bundes für Cybersicherheit
- **Georges-Simon Ulrich**
Direktor des Bundesamtes für Statistik
- **Michael Schöll**
Direktor des Bundesamtes für Justiz
- **Dirk Lindemann**
Direktor des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation, Vertreter der Informatikbetreiberkonferenz
- **Michael Kammerbauer**
Leiter Geschäftsstelle Digitale Verwaltung, Kanton Bern
- **Stéphane Schwab**
Leiter des E-Government-Sekretariats, Kanton Freiburg
- **Eva-Maria Boretti**
Leiterin Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung, Kanton Thurgau
- **Silvano Petrini**
Leiter Informatikdienste, Kanton Tessin
- **Cédric Roy**
Chef der Dienststelle für die digitale Verwaltung, Kanton Wallis
- **Katinka Weissenfeld**
Leiterin Digitale Dienste, Kanton Basel-Landschaft
- **Peter Zingg**
Spezialist digitale Transformation und stv. Departementssekretär, Kanton Schwyz
- **Lucas Nicolussi**
Chief Digital Officer der Stadt Uster, Delegierter des Schweizerischen Städteverbandes
- **Gérald Strub**
Vorstandsmitglied und Delegierter des Schweizerischen Gemeindeverbandes
- **Hélène Mourgue d'Algue**
Leiterin Informatik und Logistik der Stadt Biel.

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung stellt die fachliche Mitwirkung der beteiligten Gemeinwesen und Partner sicher und bringt deren Bedürfnisse ein. Kantone und Gemeinden erhalten pro angebrochene 400 000 Einwohnerinnen und Einwohner je einen Sitz in der Delegiertenversammlung. Der Schweizerische Städteverband (SSV) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) bestimmen zusätzlich je eine Delegierte oder einen Delegierten. Dem Bund steht höchstens die Hälfte der Gesamtzahl der Delegiertensitze der Kantone und Gemeinden zu. Ende 2025 zählte die Delegiertenversammlung 79 Mitglieder.

Im Jahr 2025 haben sich die Delegierten zweimal versammelt: am 5. Februar in Bern und am 18. und 19. September 2025 in Freiburg. Zur Halbzeit der Strategieperiode erhielten die Delegierten Informationen zum Fortschritt der Projekte aus dem Umsetzungsplan und zur Umsetzung der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Sie trafen sich auch, um sich über Amts- und Departementsgrenzen untereinander auszutauschen und den Wissenstransfer zu fördern.

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen bearbeiten spezifische Themen im Rahmen des Leistungsauftrags der Digitalen Verwaltung Schweiz. Sie werden nach Bedarf vom operativen Führungsgremium oder vom Beauftragten von Bund und Kantonen zur inhaltlichen Unterstützung des politischen und des operativen Führungsgremiums eingesetzt. In den Arbeitsgruppen der Digitalen Verwaltung Schweiz arbeiten Fachpersonen der Verwaltung aller föderalen Ebenen zusammen. 2025 wurden eine neue Arbeitsgruppe zum Thema Beschaffungen sowie eine neue Arbeitsgruppe zum Thema Cloud-Infrastrukturen gegründet. Zentrale Ergebnisse der Tätigkeiten der einzelnen Arbeitsgruppen sind in → [Kapitel 3.3 Leistungsschwerpunkte](#) aufgeführt.

Einzelvertraglich mitwirkende Gemeinwesen

Einzelne Gemeinden und das Fürstentum Liechtenstein können sich auf einzelvertraglicher Basis an der DVS beteiligen. Folgende Gemeinwesen waren per Dezember 2025 als einzelvertraglich mitwirkende Gemeinwesen an der DVS beteiligt:

- Gemeinde Altdorf
- Stadt Bern
- Stadt Biel
- Stadt Freiburg
- Stadt Genf
- Stadt Lausanne
- Stadt Mendrisio
- Stadt St.Gallen
- Stadt Uster
- Stadt Wetzikon
- Stadt Winterthur
- Fürstentum Liechtenstein

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz unterstützt den Beauftragten und die Gremien der DVS. Sie wirkt in Arbeitsgruppen mit und koordiniert bzw. setzt Vorhaben und Massnahmen aus dem Umsetzungsplan um. Sie ist für die Kommunikation und das Monitoring der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz zuständig.

Die Geschäftsstelle wurde 2025 in fachlichen und strategisch-politischen Tätigkeiten verstärkt. Sie übernahm im Hinblick auf die weitere Entwicklung der DVS mehr Aufgaben. Seit Oktober 2025 sind die Fachkompetenzen in der Geschäftsstelle in fünf Abteilungsbereichen gebündelt.

Die Geschäftsstelle setzte sich Ende 2025 wie folgt zusammen:

- **Peppino Giarritta**
Beauftragter DVS und
Leiter Geschäftsstelle
- **Andreas Burren**
Leiter Projekte, Betrieb &
Beschaffungswesen
- **Vanessa Eugster**
Leiterin Kommunikation & Gremien
- **Marcel Kessler**
Leiter Architektur & Standardisierung
- **Nicole Flükiger**
Assistentin
- **Florina German**
Senior Kommunikationsspezialistin
- **Isabelle Grünig**
Kordinatorin Beschaffungswesen
- **Adriano Guerrieri**
Fachspezialist Gremienmanagement
- **Greg Hernan**
Kordinator Beschaffungswesen
- **Natascha Ricart**
Assistentin
- **Florian Steffen**
Kordinator Architektur & Standardisierung
- **Sabina Steiner**
Kordinatorin Schweizweite Behördenleistungen
- **Galina Timofeeva**
Kordinatorin Cloud-enabled-Government
- **Irem Türkes-Kaynarca**
Projektleiterin Monitoring

Die Geschäftsstelle ist administrativ beim Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD angesiedelt. Standort der Geschäftsstelle ist im Haus der Kantone in Bern.



Peppino Giarritta
Beauftragter DVS und
Leiter Geschäftsstelle



Andreas Burren
Leiter Projekte,
Betrieb & Beschaffungswesen



Vanessa Eugster
Leiterin Kommunikation & Gremien



Marcel Kessler
Leiter Architektur & Standardisierung



Nicole Flükiger
Assistentin



Florina German
Senior Kommunikationsspezialistin



Isabelle Grünig
Kordinatorin Beschaffungswesen



Adriano Guerrieri
Fachspezialist Gremienmanagement



Greg Hernan
Kordinator Beschaffungswesen



Natascha Ricart
Assistentin



Florian Steffen
Koordinator Architektur & Standardisierung



Sabina Steiner
Koordinatorin Schweizweite Behördenleistungen

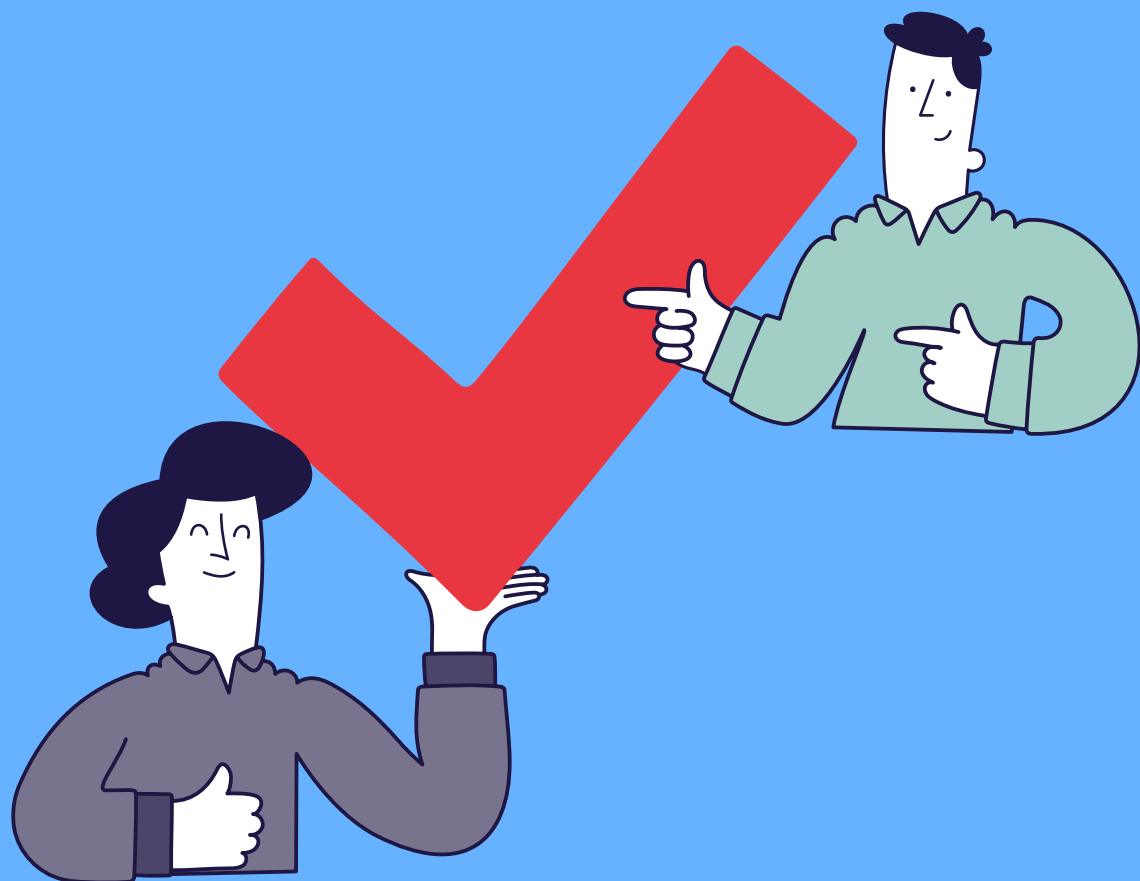


Galina Timofeeva
Koordinatorin Cloud-enabled-Government



Irem Türkes-Kaynarca
Projektleiterin Monitoring

3



Umsetzungs- plan DVS

Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, die zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder beitragen. Sie legt dafür messbare Umsetzungsziele und die entsprechende Mittelverwendung fest. Der Umsetzungsplan wird operativ durch die Geschäftsstelle DVS koordiniert und durch die zugeteilten Leistungsverantwortlichen Organisationen umgesetzt. Ein Teil der Projekte sind Vorhaben der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» (Agenda DVS).

3.1 Stand der Umsetzung

Im Rahmen von sechs strategischen Schwerpunkten werden Projekte umgesetzt, die zur Strategieerreichung beitragen.

Über die **Agenda DVS** werden dringend erforderliche digitale Infrastrukturen und Basisdienste gefördert, die gesamtschweizerisch für die öffentliche Verwaltung von Wichtigkeit sind. Die Projekte der Agenda DVS werden basierend auf der von Bund und Kantonen getroffenen Vereinbarung über die Finanzierung von Projekten der Agenda DVS für die Jahre 2024–2027 vom August 2023, revidiert am 15. Mai resp. 21. Juni 2024 sowie am 14. Mai 2025 und am 12. Juni 2025, finanziert.

Im Jahr 2025 wurde der **Umsetzungsplan der DVS** gezielt um weitere Vorhaben erweitert, bspw. um das Vorprojekt zum Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur. Der Umsetzungsplan DVS unterliegt einer rollenden Planung.

3.2 Projekte

Die Strategie DVS sieht sechs strategische Schwerpunkte und verschiedene strategische Ziele vor. Mit den Projekten und Leistungsschwerpunkten im Umsetzungsplan der DVS sollen diese Schwerpunkte und Ziele erreicht werden.

Innerhalb eines Projekts ist die leistungsverantwortliche Organisation für die Umsetzung der Vorhaben als Projekt, Teilprojekt oder einzelne Massnahme zuständig.

Projekte, die Teil der Agenda DVS sind, sind entsprechend gekennzeichnet (⚙️).



Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Das Angebot digitaler Behördenleistungen wurde auch im Jahr 2025 weiter ausgebaut. Es konnten erste Arbeiten im Rahmen des Vorprojekts für den Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur lanciert werden. Insbesondere startete der partizipative Prozess. Zudem wurden wesentliche Arbeiten im Bereich der sicheren und rechtsgültigen Zustellung und dem Empfang von Dokumenten im Rahmen von Verwaltungsverfahren gestartet.

⚙️ Neuausrichtung E-Voting

An seiner Sitzung vom 25. Juni 2025 hat der Bundesrat beschlossen, die Grundbewilligungen der Kantone Basel-Stadt, St.Gallen, Graubünden und Thurgau für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen zu erneuern. Die Grundbewilligungen gelten für ein limitiertes Elektorat bis und mit der Abstimmung vom 6. Juni 2027.

Die vier Kantone Basel-Stadt, Graubünden, St.Gallen und Thurgau führten im Jahr 2025 erfolgreich Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe durch. Die Kantone Graubünden und St.Gallen bieten E-Voting auch Inlandschweizer Stimmberechtigten in Pilotgemeinden an. Im Kanton Graubünden sind im Jahr 2025 18 Gemeinden hinzugestossen. Im Kanton Thurgau wird E-Voting ebenfalls auf das Inlandelektorat ausgeweitet: Im Jahr 2025 liefen die Vorarbeiten, damit Thurgauer Stimmberechtigte in fünf Gemeinden ab März 2026 erstmals elektronisch abstimmen können.

Im Jahr 2025 wurde weiter der gemeinsame Massnahmenkatalog von Bund und Kantonen geprüft. Er soll zu einer kontinuierlichen Verbesserung der E-Voting-Systeme und deren Betrieb führen.

– **🌀 Vorprojekt zum Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur**

Die Bundeskanzlei (BK) bereitet in enger Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden beschränkte, praktische Versuche für das elektronische Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden vor. Um die verschiedenen E-Collecting-Aktivitäten zu koordinieren, hat die BK im Mai 2025 ein E-Collecting-Programm initialisiert. In der Programmorganisation sind Bund, Kantone und Gemeinden sowie die Geschäftsstelle DVS vertreten. Das Vorprojekt zur Erarbeitung von Grundlagen von E-Collecting ist Bestandteil des E-Collecting-Programms und ein Teil des Umsetzungsplans der DVS.

Im Jahr 2025 hat die BK vier Veranstaltungen durchgeführt, um sich mit den Kantonen auszutauschen. Basierend darauf wird im Jahr 2026 eine eigene Arbeitsgruppe «Bund, Kantone, Gemeinden E-Collecting» gegründet. Weiter lancierte die BK im Juli 2025 in Absprache mit den Kantonen den partizipativen Prozess. Ein erster Workshop fand am 27. August 2025 online statt. Neben dem partizipativen Prozess hat die BK am 31. Oktober und 1. November 2025 einen zweitägigen Hackathon durchgeführt. Am 10. Dezember 2025 fand die zweite Online-Veranstaltung im partizipativen Prozess statt und der schriftliche Dialog – ein Format, bei dem auf GitHub Grundfragen möglicher Umsetzungsvarianten schriftlich diskutiert werden – wurde gestartet.

Am 30. April 2025 hat der Bundesrat mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) dem Parlament eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Versuchen vorgelegt.

– **🌀 Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern in ch.ch und Betrieb ch.ch**

Im Jahr 2025 hat die Bundeskanzlei (BK) die Inhalte auf dem Informationsportal ch.ch geprüft, aktualisiert und mit Beiträgen zur Digitalisierung ergänzt. Das Forum Digitale Kommunikation, eine gemeinsame Fachveranstaltung für Kommunikations- und Digitalisierungsfachpersonen von Bund, Kantonen und Gemeinden, wurde am 20. Mai und am 30. Oktober 2025 durchgeführt: Im Fokus standen insbesondere die Themen KI in der Behördenkommunikation, Barrierefreiheit und Standards für Behördenleistungen. Im Rahmen des Forums vom Mai 2025 hat die BK die → [Studie «KI in der Behördenkommunikation: Chance und Risiken – Sichtweise der Bevölkerung»](#) vorgestellt und publiziert. Die Studie zeigt, dass die Bevölkerung dem Fortschritt durch KI grundsätzlich offen gegenübersteht. Sie möchte jedoch klare und nachvollziehbare Rahmenbedingungen.

Die Analyse von Standards im Bereich der Behördenleistungen, Lebenslagen und Themen konnte im Jahr 2025 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Ergebnisse dienen dazu, in einem nächsten Schritt zu priorisieren, welche Standards überarbeitet bzw. entwickelt werden sollen.

– **🌀 Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»**

Gesetzlich vorgeschriebene Meldungen werden von Bund, Kantonen und Gemeinden in Amtsblättern publiziert. Die Publikationsplattform «Amtsblattportal», entwickelt durch das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und genutzt von Bund, Kantonen und Gemeinden für die elektronische Publikation von Meldungen, wird modernisiert: Zum einen wird die Applikation auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Zum anderen wird das Portal dank Standardisierung von Prozessen und Meldungstypen besser in die E-Government-Landschaft eingebettet. Nachdem im Jahr 2024 die Vorbereitungsarbeiten – die Ausschreibung inkl. Zuschlag – stattfinden konnten, startete im Sommer 2025 die Umsetzungsphase. Davor hat das SECO zudem einen Prototypen erstellt und basierend darauf Nutzendentests mit Vertretenden aus Kantonen und Gemeinden sowie diversen Benutzenden des aktuellen Amtsblattportals durchgeführt.

– **🌀 Schweizweite Betreibungsregistrauskunft**

Im Jahr 2025 wurde insbesondere das IT-Architektur-Konzept – in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe Architektur der DVS – erarbeitet. Parallel zu diesen Grundlagenarbeiten lief der Rechtsetzungsprozess: Im Februar 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats eine Vernehmlassung zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine schweizweite Betreibungsregistrauskunft bei Kantonen und betroffenen Stellen durchgeführt. Die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine schweizweite Betreibungsregistrauskunft wird im Grundsatz sehr überwiegend begrüsst, in wichtigen Punkten bestehen noch offene Fragen (→ [Link Konsultation RK-N 24.065](#)).

Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats hat sich am 18. November 2025 erstmals mit der Vorlage «Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsregistrauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung), Änderung» befasst und ist einstimmig auf diese eingetreten. Der Nationalrat hatte zuvor beschlossen, neben den punktuellen Änderungen zur Modernisierung des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts, die der Bundesrat vorschlägt, auch die gesetzlichen Grundlagen für eine schweizweite Betreibungsregistrauskunft in diese Vorlage aufzunehmen.

Solange der politische Prozess läuft, wird mit der Phase der Realisierung im Projekt gewartet.

– **🌀 Anschubfinanzierung sichere Zustellplattform(en)**

Im April 2025 hat die Geschäftsstelle DVS das Vorprojekt «sichere und rechtsgültige Zustellung und Empfang im Rahmen von Verwaltungsverfahren» lanciert. Ziel war, eine Übersicht zur aktuellen Situation rund um das Thema zu erlangen sowie allfällige Handlungsoptionen und Massnahmen zur Umsetzung abzuleiten. Die Erhebung der Situation wurde mittels Umfrage bei Verwaltungen, Gespräche mit Anbietenden und Behörden sowie Aktenstudium vollzogen. Als Basis zur Umfrage diente ein standardisierter Geschäftsfall für die sichere und rechtsgültige Zustellung sowie Fragen zur aktuellen Situation und den anstehenden Projekten zum Thema in den Verwaltungen. Im Vorprojekt wurden verschiedene Zustelllösungen untersucht, von etablierten Direktzustellungsdiensten bis hin zu Portalen auf kantonaler oder Bundesebene. Die Auswertung und Ableitung der Erkenntnisse sind im Sommer 2025 erfolgt und in einen Ergebnisbericht eingeflossen. Der Bericht hat wesentliche Massnahmen identifiziert, die in ein Hauptprojekt für Umsetzungsmassnahmen einfließen werden.

– **Digitaler Kundenschalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Plattform**

Mit dem ursprünglichen Ziel, den digitalen Kundenschalter beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD anerkennen zu lassen, entwickelte der Kanton Thurgau seine Kundenplattform zur Erfüllung der Kriterien weiter. So wurden der «audit trail», eine Quittungsarchitektur und alle Quittungen auf der Plattform umgesetzt. Da sich die effektive Durchführung der Anerkennung aufgrund geänderter gesetzlicher Grundlagen (BEKJ) ändern wird, wird aktuell auf eine Durchführung der Zertifizierung verzichtet. Der Kriterienkatalog und die Erkenntnisse des Kantons Thurgau sind dennoch hilfreich und flossen in den Ergebnisbericht Vorprojekt «sichere Zustellung» ein.

– **Erstellung, Verbreitung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal und Gemeinde-Websites (GemeindeConnect)**

Mit dem Freiburger und dem Solothurner Gemeindeverband konnten im Jahr 2025 Pilotprojekte lanciert werden. In Solothurn war schnell eine Zusammenarbeit unter den Gemeinden und ein Finanzierungsmodell aufgebaut. In Freiburg bestand bereits eine funktionierende kommunale Zusammenarbeit. Auch waren dort bereits erste kommunale Dienstleistungen im kantonalen Portal eingebunden. Der Fokus im Freiburger Pilotprojekt lag demnach auf organisatorischen und konzeptionellen Arbeiten.

Im Jahr 2025 hat sich der Schweizerische Gemeindeverband insbesondere dem Aufbau einer neuen Organisation als künftiges Gefäss für weitere Gemeindeorganisationen gewidmet. Mit externer Unterstützung konnte eine Open Source-Strategie erarbeitet werden, um die künftigen Aufnahmekriterien für externe Anbieter festzulegen. Weiter wurde ein Software-Assessment für die eingesetzte Lösung im Solothurner Pilotprojekt durchgeführt. Diese Lösung steht seit Oktober 2025 als Open-Source-Lösung zur Verfügung.

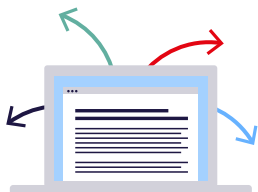


Lucas Nicolussi
Mitglied des operativen
Führungsgremiums und CDO
der Stadt Uster

1

«Ein gemeinsames Behördenlogin wie AGOV zeigt für mich, wie wirkungsvoll die DVS die Digitalisierung über alle föderalen Ebenen hinweg voranbringt. Dass Einwohnerinnen und Einwohner ihre Behördengeschäfte heute mit wenigen Klicks erledigen können, ist das

Resultat intensiver Hintergrundarbeit und guter Kooperation zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden.»



One-Stop-Government realisieren

Im Jahr 2025 haben die Gemeinden weiter daran gearbeitet, der Bevölkerung sowie Unternehmen nutzerorientierte Zugänge zu digitalen Behördenleistungen anzubieten. Das Behörden-Login AGOV kann schweizweit eingesetzt werden. Die Serviceplattformlandschaft wurde weiter ausgebaut. Arbeiten in den Bereichen Referenzarchitektur und Standardisierung wurden intensiviert.

– Umsetzung eines nationalen Authentifizierungsdiensts für Behörden AGOV

Das Behörden-Login AGOV ist seit Anfang 2024 in Betrieb und wurde per Ende 2025 von zwölf Kantonen, einer wachsenden Zahl von Städten und Gemeinden, von der Bundesverwaltung sowie von

einigen nationalen Organisationen eingesetzt, um digitale Behördenleistungen – zum Beispiel das Ausfüllen der elektronischen Steuererklärung – über ein einfach zugängliches und sicheres Login zu ermöglichen. Anfang Dezember 2025 hat AGOV die Marke von 1 Million registrierten Nutzerkonten überschritten. Auch den Angehörigen der Armee steht AGOV seit November 2025 als Login zur Anmeldung im Dienstmanager (Dimilar) zur Verfügung, um Militärdienste online zu verwalten. Weitere Kantone und Organisationen folgen im Jahr 2026. AGOV erweiterte im Berichtsjahr die fortlaufenden Sicherheitsüberprüfungen mit einem öffentlichen Bug-Bounty-Programm. Für die DVS führt die Bundeskanzlei (BK) das im November 2025 neu gegründete AGOV-Steering Committee: Es stellt sicher, dass AGOV die heutigen und zukünftigen Anforderungen der Schweizer Behörden im Betrieb erfüllt.



Katinka Weissenfeld

Mitglied des operativen Führungsgremiums
und Leiterin Digitale Dienste,
Kanton Basel-Landschaft

1 047 925

«1 047 925 AGOV-Nutzende (Stand 29. Dezember 2025) stehen für mich sinnbildlich für den Fortschritt, den wir in der Digitalen Verwaltung Schweiz zur Halbzeit der Strategieperiode erreicht haben. Diese Zahl zeigt, dass föderale Zusammenarbeit Wirkung entfalten kann,

wenn Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam an einer nutzerorientierten Lösung arbeiten. Genau diese Wirkung motiviert mich in meiner Arbeit im operativen Führungsgremium: gemeinsam tragfähige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit föderal abgestimmte Lösungen entstehen und digitale Grundlagen nachhaltig und breit nutzbar werden.»

– **Erneuerung und Weiterentwicklung
«iGovPortal.ch»**

Das iGovPortal ist eine interkantonale Plattform für E-Government, die eine Vernetzung zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie juristischen Personen und ihrer zuständigen Verwaltung ermöglicht. Die Plattform iGovPortal soll hinsichtlich Interoperabilität und Standardisierung weiterentwickelt und die Benutzendenerfahrung verbessert werden. Nachdem im Jahr 2024 die Konzepte und Spezifikationen erstellt wurden, konnte im Jahr 2025 das Beschaffungsprojekt erfolgreich abgeschlossen werden. Zudem wurden die Vorbereitungen für die Entwicklung der neuen Version getroffen – so wurden das neue UX/UI-Design entworfen und abgenommen sowie die Architekturvorgaben verbessert.

– **Digitale Vereinfachungen für Unternehmen
durch erneuerte E-Bilanz im Bereich direkte und indirekte Steuern**

In ihrer IT-Strategie hat sich die Schweizerische Steuerkonferenz SSK das Ziel gesetzt, dass die elektronische Steuererklärung für juristische Personen innerhalb der Schweiz vereinheitlicht werden soll, indem die gleichen Informationen in den kantonalen elektronischen Steuerklärungslösungen abgefragt und die gleichen Beilagen verlangt werden. Neu wird die E-Bilanz Bestandteil der Steuerdeklaration sein, indem diese aus der Buchhaltung direkt in die Deklarationslösung elektronisch übermittelt wird.

2024 wurden in einem von der DVS unterstützten Projekt von der SSK die notwendigen XBRL und eCH-Standards erarbeitet. 2025 wurden im Rahmen des aktuellen Projekts bei den Kantonen die Anforderungen an eine online Steuerdeklaration für juristische Personen (JP) inkl. E-Bilanz erhoben. Anschliessend wurde von der SSK für 19 teilnehmende Kantone eine öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrags durchgeführt. Diese Kantone können nun bei den vier Zuschlagsempfängern nach dem Mini-Tender-Verfahren direkt Offerten einholen für ihre online Steuerdeklaration JP inkl. E-Bilanz. Die Umsetzung der Datenübermittlung der E-Bilanz für die Steuerdeklaration JP ist mit dem Verein Swissdec aufgelegt. Der Pilotbetrieb ist für 2026, der operative Betrieb ab 2027 geplant.

2025 wurden die finanziellen und technischen Abklärungen durchgeführt, zur elektronischen Übermittlung der notwendigen Daten für die Abrechnung der Mehrwertsteuer von Unternehmen an die

Eidgenössische Steuerverwaltung via E-Bilanz. Die MWST wird aus Ressourcen- und Prioritätsgründen diese digitale Lösung vorderhand jedoch nicht umsetzen.

– **Studie zu den Rahmenbedingungen und möglichen Voraussetzungen einer vorausgefüllten Steuererklärung für natürliche Personen**

Verschiedene kantonale Steuerverwaltungen zeigen Interesse an freiwillig vorausgefüllten Steuererklärungen für natürliche Personen. Um die Ausgangslage, Machbarkeit und Lösungsvarianten aufzuzeigen, hatte die Schweizerische Steuerkonferenz SSK bereits im Jahr 2024 eine Studie zu den Rahmenbedingungen und möglichen Voraussetzungen in Auftrag gegeben. Ein Beratungsunternehmen hat Grundlagen analysiert, strukturierte Interviews und Umfragen durchgeführt. Diese Umfragen – bei allen kantonalen Steuerverwaltungen sowie durch ein Marktforschungsinstitut im Rahmen einer repräsentativen Umfrage bei 1000 Steuerpflichtigen – liefen bis Januar 2025. Die Studie konnte danach fertiggestellt werden.

Die durchgeführten repräsentativen Umfragen zeigen, dass sich rund 80% der befragten steuerpflichtigen Personen eine Vorausfüllung der Steuererklärung wünschen. Die Umsetzungsvariante, bei der die Steuerbelege vom Steuerpflichtigen auf freiwilliger Basis selbst in die Deklarationslösung hochgeladen und automatisch ausgelesen werden, erhält die grösste Zustimmung. Die Studie empfiehlt, diese Variante weiter abzuklären, in einem nächsten Schritt mit der Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie. Dabei sind insbesondere die Aspekte der Informationssicherheit und des Datenschutzes zu beachten.

Die Ergebnisse der Studie wurden im Frühjahr/Sommer 2025 Vertreterinnen und Vertretern der SSK, den Steuervorsteherinnen und -vorstehern sowie dem Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz FDK präsentiert. Im Januar 2026 folgt eine Präsentation im Rahmen der Plenarversammlung der FDK.

– **⚙️ Weiterentwicklung EasyGov**

Im Berichtsjahr wurden weitere zwei Services – Meldeverfahren für kurzfristige Erwerbstätigkeit Schweiz und EU/EFTA sowie die Prozesse für Personalvermittlungs- und Verleihbewilligungen – in EasyGov aufgenommen. Parallel dazu hat das SECO die Weiterentwicklung der Plattform vorangetrieben.

Das Unternehmensentlastungsgesetz (→ [UEG](#)) enthält Bestimmungen, die für den Ausbau und den laufenden Betrieb von EasyGov erforderlich sind. So sollen insbesondere auch verbindliche Standards festgelegt werden. Im Jahr 2025 haben die Bundeskanzlei (DTI) und das SECO zusammen mit der Geschäftsstelle DVS die Grundlagen für die Zusammenarbeit im Bereich Standardisierung geschaffen.

Die Geschäftsstelle DVS hat im Jahr 2025 zusammen mit dem SECO mit dem Aufbau einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen im Bereich E-Government für KMU begonnen. Diese Arbeitsgruppe soll im Jahr 2026 lanciert werden.

– **Schweizweite standardisierte Servicebausteine Payment und Signatur für Portale (neu: Referenzarchitektur und Standards für Servicebausteine)**

Das Vorhaben wurde auf Wunsch der Gemeinwesen im Jahr 2025 neu ausgerichtet. Mit dem Projekt soll nicht mehr, wie ursprünglich geplant, die Umsetzung der Servicebausteine Payment und Signatur im Fokus stehen. Das neue Ziel ist die Erarbeitung von Referenzarchitekturen und Standards, um die Servicebausteine wie Zustellplattformen, Signatur oder Payment interoperabel zu gestalten.



E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Mit dem Ja zum E-ID-Gesetz konnte im Jahr 2025 ein Meilenstein der digitalen Verwaltung erreicht werden. Künftig sollen Geschäfte sicher und effizient mit einer staatlichen digitalen Identität erledigt werden können. Die Umsetzung von Pilotprojekten zur Vorbereitung der Einführung der E-ID wurde fortgeführt.

– **⚙️ E-ID-Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte**

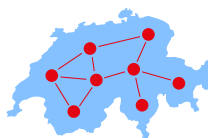
Im Jahr 2025 hat die DVS das E-ID-Gesetzgebungsprojekt und die Umsetzung von Pilotprojekten, insbesondere den elektronischen Lernfahrausweis, wesentlich durch personelle Mitwirkung unterstützt. Nach dem erfolgreichen Pilotprojekt des elektronischen Lernfahrausweises im Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde dieser 2025 in den anderen Kantonen eingeführt. Seit Ende 2025 bieten alle 26 Kantone die Möglichkeit an, einen elektronischen Lernfahrausweis zu beziehen. Parallel wurden die Arbeiten am elektronischen Führerausweis als eigenes Projekt vorangetrieben. Dieser soll im dritten Quartal 2026 zur Verfügung stehen.

Im Herbst 2025 wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht: Mit dem Ja zum E-ID-Gesetz hat das Stimmvolk am 28. September 2025 bestätigt, dass es künftig die e-ID als zusätzliches, kostenloses Angebot zur physischen Identitätskarte nutzen und Geschäfte mit einer staatlichen digitalen Identität erledigen möchte. Die digitale Transformation der Verwaltung und der Schweiz als Ganzes kann gemäss Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027» weiter voranschreiten.

Damit auch die breite Öffentlichkeit erste Erfahrungen mit der e-ID und anderen elektronischen Nachweisen sammeln kann, stellte der Bund eine kostenlose Testumgebung zur Verfügung (Public Beta). Private und Behörden können seit März 2025 probeweise auf der Vertrauensinfrastruktur eigene elektronische Nachweise entwickeln und die Vorteile der e-ID nutzen. Die DVS hat die Testumgebung beispielsweise mit den Vorhaben DVS4U, AGOV und dem Maturitätszeugnis als digitaler Nachweis intensiv genutzt.


– **Weiterentwicklung des TG4U (DVS4U) als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme (neu: DVS4U Nachweisverwaltung für Behörden)**

Damit die e-ID über alle föderalen Ebenen ihren vollen Nutzen entfalten kann und Gemeinwesen und Unternehmen für ihre Dienstleistungen digitale Nachweise in die swiyu-App ausstellen können, förderte die DVS 2025 entsprechende Vorhaben. Ein solches Vorhaben ist das lauffähige System DVS4U zur Nachweisverwaltung für Behörden. Da Verwaltungen für die effiziente Ausstellung und Prüfung von digitalen Nachweisen eine dedizierte Issuer- und Verifier-Infrastruktur brauchen (Aussteller und Prüfer), hat die DVS ein an die Bedürfnisse der Schweizer Behörden angepasstes System entwickelt, das aus einem Minimum Viable Product (MVP) hervorgegangen ist und nun als Produkt zur Einführung bereitsteht. DVS4U ermöglicht Kantonen und Gemeinden das Verwalten, Ausstellen und Prüfen von digitalen Nachweisen und ergänzt das bestehende e-ID-Ökosystem. Das System wurde im Jahr 2025 als Open-Source-Lösung weiterentwickelt und zur Verfügung gestellt. Dazu wurden auf der Interoperabilitätsplattform I14Y die wesentlichen Standards publiziert und eine Standard-Schnittstelle zur Verfügung gestellt. Einen weiteren Meilenstein im Jahr 2025 stellte der Sieg dieses Projekts im internationalen eGovernment-Wettbewerb dar: In der Kategorie «Verwaltungsprozesse von Anfang bis Ende (E2E) neu gedacht» belegte das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung Thurgau mit DVS4U den ersten Platz.



Wertschöpfende Datennutzung fördern

Zur Weiterentwicklung des Datenökosystems Schweiz konnten im Jahr 2025 im Rahmen von verschiedenen Vorhaben Meilensteine und Projektabschlüsse erreicht, Erkenntnisse gewonnen und insbesondere der selbstbestimmte Datenaustausch in Form eines Zustimmungsmanagements gefördert werden.

– ** Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehörigen Datenaustauschinfrastrukturen**

Um die Mehrfachnutzung von Daten durch Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit in einem vertrauenswürdigen Datenraum zu fördern, wird das Datenökosystem Schweiz ausgebaut. Im Januar 2025 nahm die → [Anlaufstelle Datenökosystem Schweiz](#) ihre Arbeit auf. Ziel der Anlaufstelle ist es, dass sich Schweizer Datenräume dank gemeinsamer Grundsätze in eine gleiche Richtung entwickeln.

Am 18. Dezember konnte die → [Referenzarchitektur für Datenräume 2025](#) veröffentlicht werden. Sie definiert ein einheitliches Modell zur Begleitung der Konzeption und kontinuierlichen Weiterentwicklung von Datenräumen in der Schweiz. Sie erklärt, wie ein Datenraum kohärent strukturiert werden kann und wie die notwendigen Elemente identifiziert werden können, damit Organisationen Daten sicher, kontrolliert und interoperabel austauschen und nutzen können. Damit bildet sie die Grundlage für weiterführende Arbeiten in diesem Themengebiet und stellt die schweizerischen Gegebenheiten in den Fokus, nebst den Anforderungen an Interoperabilität und Vertrauenswürdigkeit ist das auch die Anschlussfähigkeit an die Datenökosysteme der EU.

Im Jahr 2025 wurden zudem im Kontext Datenökosystem weitere Prototypen umgesetzt oder gestartet: Das Kantonsspital Baden hat einen Prototypen entwickelt, der Daten zu Krebserkrankungen aus verschiedenen Systemen bezieht, automatisch strukturiert und anonymisiert, so dass sie an das Krebsregister Aargau gemeldet werden können. Der Prototyp «Ärztemonitoring» beginnt mit dem Aufbau eines interoperablen Datenraums, um Daten zur Ärzteschaft von unterschiedlichen Erhebungen und unterschiedlichen Datenproduzenten zusammenzuführen. Der Prototyp «Wetter & Klima» prüft die notwendigen Schritte in Richtung eines interoperablen

Datenraums, um das Potenzial von Wetter- und Klimadaten für sektorübergreifende Anwendungsfälle besser auszuschöpfen.

– **MVP Consent Management für agridata.ch**

Dank der Produktivsetzung des Datenübertragungsdienstes agridata.ch im November 2025 können Landwirtinnen und Landwirte einmal erfasste Daten mit einem Klick für weitere Akteure im Schweizer Agrar- und Ernährungssektor freigeben. Durch Zustimmung oder Ablehnen bestimmen die Landwirtinnen und Landwirte selbst, welche Datenanfragen erlaubt oder abgelehnt werden. Konzepte und Erfahrungen mit dem aufgebauten Einwilligungs-Management können in Form von Best Practices in der verwaltungsweiten Daten-Community geteilt und besprochen werden.

– **🌀 Koordination Datenmanagement in den Kantonen**

Die → [technische Austauschplattform für alle Fachgremien und Expertengruppen](#) wurde im Jahr 2025 weiterhin rege genutzt. Am Donnerstag, 4. Dezember 2025 fand der dritte Swiss CommUNITY Day on Data in Fribourg statt. Die Fachtagung brachte die Mitglieder bestehender Gremien im Bereich Datenmanagement der öffentlichen Verwaltung zusammen und bot Gelegenheit für den Austausch zu bewährten Praktiken hinsichtlich verschiedener Aspekte von Datenplattformen wie bspw. Infrastruktur, Sicherheit, Interoperabilität und KI.

– **🌀 Optimierung Open Government Data (OGD) und beschleunigte Mehrfachnutzung**

Im Jahr 2025 konnte das Bundesamt für Statistik im Auftrag der DVS drei Weiterbildungen «Data Management & Open Government Data» anbieten, im Mai und November in Lausanne, auf Französisch, sowie im August in Bern, auf Deutsch. Die für Verwaltungsmitarbeitende kostenlos angebotenen Kurse waren alle ausgebucht.

Für die Erneuerung der OGD-Plattform konnte die Evaluation abgeschlossen und ein Umsetzungspartner ausgewählt werden. Das Vorhaben der Erneuerung der OGD-Plattform ist operativ und es fanden die Arbeiten zu einer konzeptionellen Erweiterung statt: Die OGD-Plattform soll mit der Interoperabilitätsplattform I14Y zur Plattform metadata.swiss zusammengelegt werden. Diese vereint künftig die Daten und Funktionalitäten beider Plattformen.

– **🌀 NikA (neues interkantonales Agrarinformationssystem) in der Landwirtschaft und IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (standardisierte Schnittstellen)**

Die Anwendung NikA ist 2025 im Kanton Schwyz erfolgreich ausgerollt und in Betrieb genommen worden. Die standardisierten Schnittstellen und die benötigten eCH-Standards sind abschliessend festgelegt und weitgehend dokumentiert. Die Studie für die Erneuerung von bestehenden IT-Systemen in weiteren Kantonen ist abgeschlossen und wurde von der Konferenz der Landwirtschaftsdirektoren LDK abgenommen. Für über 16 000 Landwirtschaftsbetriebe in 12 Kantonen startete 2025 der Wechsel auf das Neue interkantonale Agrarinformationssystem (NikA). Neu sind für die Landwirtschaftsbetriebe beispielsweise eine bedienungsfreundlichere Benutzeroberfläche und eine erhöhte Leistungsfähigkeit.

– **🌀 Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen**

Der Entwurf des Adressdienstgesetzes wurde im Jahr 2025 weiterhin in den eidgenössischen Räten beraten. Nach intensiver Debatte schloss sich der Nationalrat am 13. März 2025 dem Ständerat an, welcher die entsprechende Gesetzesvorlage befürwortete. In der Abstimmung im Juni 2025 schlug der Ständerat jedoch weitere Änderungen vor, die im Herbst 2025 zu Anträgen ausformuliert wurden. Diese Änderungen hätten wesentliche Einschränkungen des NAD zur Folge gehabt, weshalb sie im Ständerat am 8. Dezember 2025 nicht angenommen wurden. Das Parlament hat das Adressdienstgesetz in der Frühjahrssession 2026 angenommen. Die technische Umsetzung des NAD durch das Bundesamt für Statistik blieb aufgrund der Beratungen 2025 weiterhin pausiert. Die kommunalen Verbände (SSV, SGV und VSED) haben sich aktiv für eine Annahme des NAD eingesetzt.

– **🌀 Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden**

Für die → [Erweiterung der Interoperabilitätsplattform I14Y](#) konnten 2025 die von den beteiligten Gemeinwesen priorisierten Funktionalitäten abschliessend umgesetzt werden. Die Arbeiten an einem Konzept der gemeinsamen Betriebsfinanzierung wurden aufgenommen und standen Ende 2025 vor dem Abschluss.

– **Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung**

Aufbauend auf den Grundlagenarbeiten des Vorjahres zur Umsetzung des Webportals für die Mehrfachnutzung statistischer Daten konnten 2025 entsprechende Richtlinien entwickelt und getestet werden. Dazu haben drei Kantone gemäss einer generischen Vorlage Berechtigungskonzepte erstellt. Diese sind im Anschluss in weiteren Kantonen übernommen bzw. angepasst worden. Auch die Tests des Zugriffsmanagements unter Einbezug externer Stakeholder liefen erfolgreich.

– **Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen**

Im Rahmen einer Analyse des Projektauftrags hat das Bundesamt für Statistik darlegen können, dass der Bedarf einer Adresstypologie bei den UID-Stellen bereits durch verschiedene andere Lösungen gedeckt wird. In der Folge wurde das Vorhaben 2025 eingestellt.

In der Stossrichtung «Cloud-Leitfaden» hat die Geschäftsstelle DVS Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone durchgeführt. Dabei wurde festgelegt, dass die Umsetzung in zwei Phasen erfolgen soll: der Projektinitialisierung und der eigentlichen Erarbeitung des Cloud-Leitfadens. Mit der Initialisierungsphase wird im ersten Quartal 2026 begonnen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Stossrichtung «Zusammenarbeit und Swiss Government Cloud (SGC)». Die eCH-Fachgruppe «Cloud» des Vereins eCH nahm nach ihrer Konstituierung im Jahr 2024 im Berichtsjahr 2025 ihre fachliche Arbeit vollumfänglich auf. Ziel der Fachgruppe ist die Erarbeitung von Standards und praxisnahen Hilfsmitteln für den Einsatz von Cloud-Technologien im E-Government. Die Geschäftsstelle DVS ist mit zwei Personen in der Fachgruppe vertreten und stellt damit die fachliche Koordination sowie den Informationsaustausch zwischen der DVS und eCH im Themenfeld Cloud sicher.

Ein zentrales Arbeitsergebnis der eCH-Fachgruppe «Cloud» ist der Leitfaden «Cloud Applications» für die öffentliche Verwaltung. Dieser soll Verwaltungsstellen als strukturierende Orientierungshilfe dienen, um Cloud-Vorhaben effizient anzugehen und die relevanten Fragestellungen systematisch zu adressieren. Der Leitfaden bildet zudem eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des DVS-Cloud-Leitfadens in den Jahren 2026–2027.



Cloud-enabled-Government ermöglichen

Im Jahr 2025 konnte die Geschäftsstelle wichtige Grundlagen im Rahmen von verschiedenen Stossrichtungen für diesen strategischen Schwerpunkt erarbeiten.



Florian Schütz

Mitglied des operativen Führungsgremiums und Delegierter des Bundes für Cybersicherheit

65 000

«Die rund 65 000 Meldungen, die über das öffentliche Meldeformular beim Bundesamt für Cybersicherheit eingegangen sind, zeigen, dass die Cybersicherheit alle betrifft und eine gemeinsame Aufgabe ist. Daher ist es wichtig, dass Bund,

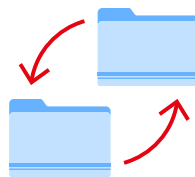
Kantone, Gemeinden und Städte über die DVS gemeinsam mit Projekten auch die Cybersicherheit der Schweiz erhöhen.»

Gemeinsam mit dem Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT konnte zudem eine neue DVS-Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen aufgebaut werden (→ [Kapitel 3.3](#)). Sie dient insbesondere als Sounding- und Dialogplattform für Ideen, Konzepte und Projekte rund um Cloud-Infrastrukturen der öffentlichen Verwaltungen, unter anderem im Kontext der Swiss Government Cloud SGC. In diesem Zusammenhang organisierte das BIT in Koordination mit der Geschäftsstelle DVS am 16. Dezember 2025 ein Webinar für Fachpersonen aus Kantonen, Städten und Gemeinden mit einem aktuellen Überblick zur SGC.

Das Vorhaben «Open-Code-Austauschplattform für die öffentliche Verwaltung der Schweiz» konnte im Jahr 2025 inhaltlich und organisatorisch für die Umsetzung vorbereitet werden. Das Pilotprojekt zur Realisierung eines Prototyps konzentriert sich auf einen klar abgegrenzten Funktionsumfang. Ziel ist es, die effiziente, nachvollziehbare und gemeinsame Nutzung von Code für statistische Auswertungen und Datenbearbeitungen in kantonalen und städtischen Statistikfachstellen zu ermöglichen.

Der Prototyp bildet die grundlegenden Funktionen einer Austauschplattform für offene Programmiersprachen wie R und Python ab. Im Zentrum stehen Metadaten, die auf der Open-Code-Austauschplattform nach einheitlichen Kriterien erfasst werden. Dadurch werden Transparenz sowie eine bessere Nachvollziehbarkeit der eingesetzten Codes und Module sichergestellt. In einer späteren Phase wird geprüft, die Open-Code-Austauschplattform auch auf weitere Programmiersprachen auszuweiten.

Die eigentlichen Codes und Module bleiben weiterhin auf bestehenden Plattformen wie GitHub oder GitLab gehostet. Die Open-Code-Austauschplattform erhöht über einheitlich erfasste Metadaten deren Auffindbarkeit, Vergleichbarkeit und Wiederverwendbarkeit.



Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren

Die DVS ermöglicht die interdisziplinäre fachliche Vernetzung und fordert diese ein. Für den regelmässigen Wissensaustausch werden mit Einbezug der Geschäftsstelle verschiedene Arbeits- und Projektgruppen geführt sowie Veranstaltungen organisiert (→ [Kapitel 3.3](#) und → [5.1](#)). Die Thematik der schweizweiten strategischen Bedarfsplanung für gemeinsame Beschaffungen von digitalen Leistungen Beschaffungen konnte 2025 in die Aufgaben der neu gegründeten Arbeitsgruppe Beschaffungen überführt werden (→ [Kapitel 3.3](#)). Der Austausch mit Partnerorganisationen wie dem Verein eCH, der eOperations Schweiz AG sowie der interkantonalen Fachgruppe digitale Verwaltung der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz fand im Jahr 2025 auf strategischer und operativer Ebene statt.

Der in der Rahmenvereinbarung DVS vorgesehene Entscheid zur allfälligen Weiterentwicklung der DVS in Richtung politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung wurde im Jahr 2025 weiter vorbereitet.



Weiterentwicklung der DVS

Bund und Kantone haben einen etappenweisen Aufbau der Zusammenarbeitsorganisation Digitale Verwaltung Schweiz vorgesehen, um eine bedarfsgerechte Entwicklung der Zusammenarbeit zu ermöglichen.



Evaluation der Zusammenarbeitsorganisation DVS

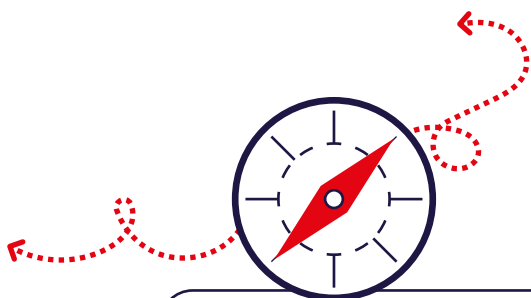
25. Februar 2025

An einer Sitzung zur Weiterentwicklung der DVS hat das politische Führungsgremium die Ergebnisse der 2024 durchgeführten Evaluation zur Kenntnis genommen (→ [Evaluationsbericht](#)).

Der Evaluationsbericht zeigt

- Die DVS schafft aus Sicht der befragten Akteure aller drei Staatsebenen bereits heute einen grossen Mehrwert.
- Bund, Kantone und Gemeinden schöpfen das volle Potenzial der DVS im Speziellen und der föderalen Zusammenarbeit im Allgemeinen noch nicht aus.

Die Erwartungen der Gemeinwesen an die föderale Zusammenarbeit, insbesondere bei der Förderung der Interoperabilität und dem Aufbau gemeinsam genutzter Infrastrukturen und Basisdienste, gehen dementsprechend über die heutigen Strukturen und Instrumente hinaus.



Entwicklung eines Zielbilds der künftigen föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung

Unter Einbezug aller Staatsebenen und gestützt auf umfassende Analysen sowie der Evaluation der DVS wurde das Zielbild der künftigen föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung entworfen. Das Zielbild beschreibt die angestrebte Weiterentwicklung der föderalen Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Die digitale Transformation der Schweizer Verwaltungen soll föderalistisch und konsequent entlang von zwei Stossrichtungen vorangebracht werden.

Stossrichtung 1

Intensivierung der gemeinsamen Steuerung und der Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden.



Stossrichtung 2

Eine neue Bundeskompetenz mit spezifischen Regeln zur Mitwirkung der Kantone, Städte und Gemeinden. Wesentliche Standards werden für alle Gemeinwesen verbindlich.



April 2025 bis September 2025

Im Rahmen einer Konsultation konnten sich die Träger (Bund und Kantone) und Partner der DVS (Schweizerischer Gemeindeverband SGV und Schweizerischer Städteverband SSV) zum entworfenen Zielbild der künftigen föderalen Zusammenarbeit äussern.

Der Bundesrat und die Kantonsregierungen unterstützen das entworfene Zielbild. Sie unterstreichen die Notwendigkeit einer intensiveren föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung. Auch der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband begrüßen den Zielbildentwurf.

27. Oktober 2025

Das politische Führungsgremium hat die Konsultationsrückmeldungen zur Kenntnis genommen (→ [Konsultationsbericht](#)). Es heisst das nach der Konsultation präzisierte Zielbild gut und hat es zuhanden der Träger zur parallelen Beschlussfassung freigegeben. Auch das Mandat zur Konkretisierung des Zielbilds wurde gutgeheissen und zuhanden der Träger zur parallelen Beschlussfassung freigegeben. Das Mandat beschreibt Aufgaben, Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen für die Ausarbeitung des Zielbilds.



Verabschiedung des Zielbilds für die zukünftige föderale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung

Dezember 2025

Der Bundesrat (am 12. Dezember 2025) und die Konferenz der Kantonsregierungen KdK (am 19. Dezember 2025) haben das Zielbild für die zukünftige föderale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung verabschiedet. Sie haben ein Mandat zur Konkretisierung dieses Zielbilds erteilt und der Bundesrat hat die Erarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision der Bundesverfassung beauftragt. **Der Bundesrat und die KdK haben damit einen Grundsatzentscheid zur Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung Schweiz in Richtung poli-**

tische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung getroffen.

→ [Zielbild vom 28. November 2025](#)

In einem nächsten Schritt wird ein Gesamtkonzept für die Umsetzung der beiden Stossrichtungen erarbeitet. Das Gesamtkonzept soll analog dem Zielbild bei Bund, Kantonen sowie dem Schweizerischen Städteverband und dem Schweizerischen Gemeindeverband konsultiert und im Jahr 2027 vom Bundesrat und der KdK verabschiedet werden.



Silvano Petrini

Mitglied des operativen Führungsgremiums
und Leiter des Centro sistemi
informativi des Kantons Tessin

26

«Die DVS ist eine wertvolle Ressource für unser Land. Als Dachorganisation treibt sie die Digitalisierung wirksam voran: eine Chance, die wir alle nutzen müssen. Ich schätze besonders den Mehrwert, den sie den 26 Kantonen bietet, indem sie eine intelligente Koordination der Anstrengungen in gemeinsamen Bereichen und

eine Optimierung der Ressourcen ermöglicht. Ihre Förderung einer gemeinsamen Vision ist grundlegend und weitsichtig. Vor allem halte ich ihre Strategie für vorbildlich, die alle institutionellen Ebenen aktiv einbezieht und zeigt, dass wir nur gemeinsam eine digitale Schweiz aufbauen können, die wirklich im Dienste der Bevölkerung steht.»

3.3 Leistungsschwerpunkte

Die Leistungsschwerpunkte tragen zur Erfüllung der in der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» festgelegten Ziele und Handlungsfelder bei. Die Leistungen sind darauf ausgerichtet, einen Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen zu schaffen und die Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg zu fördern.

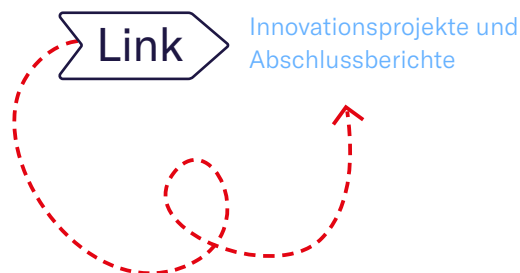
Diese Aktivitäten fanden 2025 im Rahmen der Leistungsschwerpunkte statt:

Standardisierung fördern

Im Rahmen des Umsetzungsplans fördert die DVS die Standardisierung in den in ihrer Strategie definierten strategischen Schwerpunkten. Neben standardisierten Hilfsmitteln wie AGB und Vertragsvorlagen oder dem Einsatz von Basisdiensten wie AGOV und digitalen Nachweisen bestehen die Aktivitäten hauptsächlich in einer engen Zusammenarbeit mit dem Verein eCH, der Standards im Bereich E-Government fördert, entwickelt und verabschiedet.

eCH gründete 2025 die neue Fachgruppe Cloud, in dessen Kerngruppe auch Mitarbeitende der Geschäftsstelle DVS mitwirken. Ziel ist vor allem, Standards im Bereich Cloud zu definieren sowie einen Leitfaden zu entwickeln, den die neu gegründete DVS-Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen ergänzen wird (→ [Kapitel 3.2](#)).

2025 wurden im Rahmen der Zusammenarbeit mit eCH neun weitere Standardisierungsvorhaben gefördert, unter anderem im Bereich Bildung. Im Rahmen einer Potenzialanalyse wurde bspw. das Digitalisierungspotenzial für Bildungsnachweise im Bereich Berufsbildung untersucht. Es hat sich gezeigt, dass im Bereich von Zeugnissen und Abschlüssen Potenzial für Standardisierung besteht. Die Autoren der Analyse tauschten sich auch mit den Verantwortlichen des von der DVS 2025 unterstützten innovativen Vorhabens «Digitales Maturitätszeugnis» aus.



Innovative Projekte fördern

2025 förderte die DVS die Umsetzung von Projekten, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen anregen. Eine Jury, 2025 bestehend aus Lea Fischbacher (Kanton AG), Reto Fahrni (damals Kanton SO), Stéphanie Schwab (Kanton FR), Michael Kammerbauer (Kanton BE), Andreas Lautenschlager (Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT), Noémie Zink (Bundesamt für Landwirtschaft BLW), Lucas Nicolussi (Stadt Uster), Gérald Strub (Delegierter Schweizerischer Gemeindeverband SGV) und koordiniert von Isabelle Grünig (Geschäftsstelle DVS), hat Anfang 2025 vier Projekte in die Innovationen 2025 aufgenommen.

Maturitätszeugnis als digitaler Nachweis

Mit diesem Vorhaben konnten erste Erfahrungen mit digitalen Nachweisen im Schweizer Bildungssystem gesammelt werden: Im Rahmen eines Proof of Concept (PoC) für ein digitales Maturitätszeugnis hat die Organisation Educa einen PoC zum digitalen Ausstellen und automatischen Prüfen von Maturitätszeugnissen auf Basis der Public-Beta-Version der e-ID-Vertrauensinfrastruktur entwickelt. Das digitale Maturitätszeugnis, das Schülerinnen und Schüler direkt in ihre Wallet ausgestellt wird, vereinfacht es Studieninteressierten, sich an Universitäten einzuschreiben. Die Universität kann die digitalen Zeugnisse überprüfen und im gleichen Prozess ihre Studierendenausweise (Campus-Karten) ausstellen. Im Dezember 2025 war ein funktionsfähiger Demonstrator bereit: Er wird unter anderem im Frühjahr 2026 an einem e-ID-Partizipationsmeeting gezeigt.

Datensicherheit in den kollaborativen Arbeitsbereichen der Verwaltungen gewährleisten und stärken

Trotz Sensibilisierung der Nutzenden kommt es vor, dass persönliche, sensible oder vertrauliche Daten in Zusammenarbeitstools eingegeben werden. Der Kanton Waadt hat daher ein Tool entwickelt, mit dem Anmeldedaten, Passwörter, Schlüssel, Zertifikate usw. in Wiki-Dokumentationen oder Projektmanagement-Tools automatisch mithilfe einer nicht öffentlichen KI identifiziert werden können, und zwar von allen Mitarbeitenden, auch ohne fortgeschrittene Computerkenntnisse. Mithilfe des Tools kann in regelmässigen Abständen der Inhalt der Wiki-Seiten ihrer Organisation analysiert und entsprechend das allgemeine Sicherheitsniveau verbessert werden. Alle Informationen zum Vorhaben und zum Tool sind auf dem Github des Kantons Waadt verfügbar (→ [Github](#)).

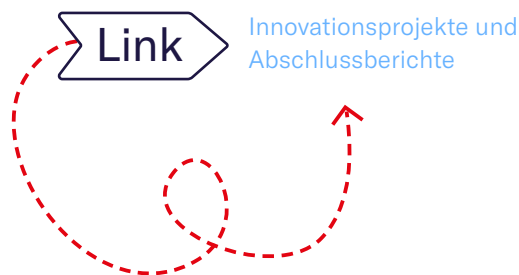
GemeindeGPT

Das Erstellen von Texten, Analysieren von Dokumenten oder Beantworten von Anfragen aus der Bevölkerung kostet Gemeinden viel Zeit. Ziel des Projekts war es, eine lokale, sichere und modular aufgebaute KI-Lösung zu schaffen, die Gemeinden bei der täglichen Verwaltungsarbeit unterstützt, ohne dass vertrauliche Daten ihre Systeme verlassen. Diese Lösung, GemeindeGPT, verbindet ein Open-Source-Large Language Model (LLM) mit einer lokalen Wissensdatenbank, die von den Gemeinden selbst verwaltet wird. Im Rahmen des Projektes fanden die technische Umsetzung der Basisarchitektur, der Aufbau einer Prompt-Bibliothek, die Entwicklung eines Benutzendenhandbuchs und die erfolgreiche Einführung bei den Pilotgemeinden Orpund, Lenk, Münchenbuchsee, Zäziwil, Zollikofen und der Stadt Biel statt. Diese bestätigen einen deutlichen Mehrwert für die Verwaltungsarbeit: Routineaufgaben werden um bis zu 40% schneller erledigt, Textqualität und Konsistenz verbessern sich. Gemeinden tauschen neu erstellte Prompts untereinander aus. Die gesamte Systemarchitektur wurde dokumentiert und nach den geltenden Datenschutzstandards (DSG / DSGVO) validiert.

Nachhaltiges Community Management für Open-Source-Lösungen

Im Rahmen einer Studie wurde untersucht, welche Faktoren zum Erfolg eines Community Managements beitragen, das Open-Source-Softwarelösungen in der öffentlichen Verwaltung erhält und weiterentwickelt. Vier Anwendungsfälle wurden analysiert und daraus Potenziale und Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Gemeinden, Städten, Kantonen und der Wirtschaft abgeleitet, die gemeinsam Open-Source-Software einsetzen wollen. Die Studie empfiehlt, dass Verwaltungen den Community-Aufbau bewusst als organisatorische Aufgabe verstehen und nicht auf technische Aspekte reduzieren. Erfolgsfaktoren für nachhaltige Open-Source-Projekte sind klare Rollen, stabile Governance, professionelle Koordination, gemeinschaftliche Finanzierung und transparente Wissensstrukturen bilden die Grundlage für nachhaltige Open-Source-Projekte.

Die Förderung von innovativen Lösungen wird im Rahmen der Weiterentwicklung der DVS überarbeitet. 2025 startete eine Überprüfung der bestehenden Förderung. Im Verlauf des Jahres 2026 sollte diese Prüfung abgeschlossen sein und klar werden, wie ab 2026 Innovationen gefördert werden.



Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

Der Leistungsschwerpunkt «Kenntnisse fördern» beinhaltet 2025 vor allem die Zusammenarbeit mit dem Verein «Myni Gmeind». Der Verein setzt sich dafür ein, Gemeinden die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, um die Chancen der digitalen Transformation voll ausschöpfen zu können. Umgesetzt wurden Massnahmen, die sich unter dem Titel «Bildungsoffensive» zusammenfassen lassen:

- Der → [Digital-Ratgeber für Gemeinden](#), eine Online-Anlaufstelle für Gemeinden mit Digitalisierungsfragen, hat sich 2025 weiter als zentrale Anlaufstelle für Fragen rund um Digitalisierung, Organisation, Recht und Technologie etabliert.
- Der Grundkurs «Digital-Pionier» wurde 2025 national und kantonal angeboten und insgesamt mit 30 Kurstagen in Deutsch und Französisch durchgeführt. Die Grundkurse wurden durch gezielte Vertiefungskurse ergänzt. Inhaltlicher Fokus waren praxisnahe Fragestellungen aus dem Gemeindealltag, insbesondere der Einsatz von KI-Tools, der Umgang mit knappen Ressourcen und die wirksame Kommunikation.
- Der monatliche ERFA-Stammtisch etablierte sich 2025 als fester Austausch- und Wissensraum für Gemeindevertretende aus der ganzen Schweiz. Im August wurde der ERFA-Stammtisch zusammen mit dem Tessiner Gemeindeverband in italienischer Sprache durchgeführt.
- Am 20. August 2025 fand in Spiez die ZusammenKUNFT der Gemeinden statt. Rund 100 Vertretende aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Fachorganisationen kamen zusammen, um gemeinsam Chancen, Herausforderungen und konkrete Lösungsansätze zu diskutieren.
- Die → [Gemeinde-Umfrage](#) wurde im Jahr 2025 erneut durchgeführt und weiterentwickelt. Die Ergebnisse dienen als Referenz für strategische Entscheidungsprozesse. Vertiefungsthema 2025 war die Cybersicherheit.
- Inzwischen bietet Myni Gmeind alle Formate, die im deutschsprachigen Raum entwickelt wurden, ebenfalls auf Französisch an. Seit 2025 bestehen erste Angebote auf Italienisch.

Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken

Im Jahr 2025 standen insbesondere Arbeiten zur Förderung einer einfachen Interaktion mit der Verwaltung für alle Anspruchsgruppen im Zentrum. Dank

der Partnerschaft mit der Allianz Digitale Inklusion Schweiz ADIS konnten beispielsweise im Rahmen eines Fachanlasses am 21. November 2025 in Zürich die Schwerpunkte Neurodiversität, chronische Erkrankungen und unsichtbare Behinderungen und daraus resultierende Herausforderungen im digitalen Raum beleuchtet und mit zahlreichen Teilnehmenden diskutiert werden.

Im Magazin «Schweizer Gemeinde» steuerte die Geschäftsstelle DVS im Berichtsjahr drei Artikel zu den Themen neue AGB für IKT-Leistungen, Nutzung von KI in Gemeinden und zur Förderung von digitalen Kompetenzen bei. In der Rubrik «Digital-Ratgeber» werden von Gemeinden gestellte Fragen zur digitalen Transformation beantwortet.

Des Weiteren lag der Fokus auch im Jahr 2025 auf punktueller Medienarbeit zu den strategischen Schwerpunkten der Strategie DVS.

Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Die Aktivitäten im Bereich E-Government-Recht fanden auch 2025 überwiegend im Rahmen der engen Zusammenarbeit mit dem Verein eJustice.ch statt, der Plattform zur Förderung von IT in der Rechtspflege durch Behörden, Verbände sowie Expertinnen und Experten. Vier Anfragen bearbeitete der Verein eJustice.ch 2025 im Auftrag der Geschäftsstelle DVS. Unter anderem überarbeitete er ein Merkblatt des Urner Gemeindeverbands zum Thema Datenschutz, das auch weiteren Gemeinden bei der Einhaltung des Datenschutzes als Leitfaden dienen soll. Die Fachgruppe von Juristinnen und Juristen im E-Government traf sich 2025 zu ihrer 18. und 19. Sitzung. Am 22. Mai 2025 standen erste Erfahrungen mit AGOV im Fokus. Vertretende der Kantone Luzern und Tessin berichteten ausserdem über ihre laufenden Gesetzgebungsprojekte zur digitalen Verwaltung. Am 12. November 2025 standen Beiträge zur Umsetzung des Informationssicherheitsgesetzes (ISG) sowie das neue Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) auf der Agenda. Die Sitzungsunterlagen sind im «Wissensblog Recht» der Geschäftsstelle DVS publiziert, auf dem im Jahr 2025 noch vier weitere Blogartikel erschienen. Themen waren die AGOV-Einführung im Kanton Appenzell-Ausserrhoden, ein Rückblick auf die Tagung für Informatik und Recht im August 2025, eine

Einordnung der Begriffe rund um die Plattform für den digitalen Rechtsverkehr justitia.swiss sowie das Informationssicherheitsgesetz.

Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen

Die Arbeitsgruppe Architektur leistet den Grossteil der Aktivitäten des Leistungsschwerpunkts. Weil aber auch das Architektursymposium und das Sounding-Board das Thema Architektur erarbeiten und prägen, fand 2025 insbesondere in Gesprächen mit der Leistungsverantwortlichen Organisation BK-DTI die Klärung statt, wer welche Aufgaben im Architekturbereich übernimmt. So stellen die Akteure unter anderem sicher, dass sie abgestimmt handeln und Doppelspurigkeiten vermeiden.

Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen bearbeiten spezifische Themen im Rahmen des Leistungsauftrags der DVS. Sie werden nach Bedarf vom operativen Führungsgremium oder vom Beauftragten von Bund und Kantonen zur inhaltlichen Unterstützung des politischen und des operativen Führungsgremiums eingesetzt. In Arbeitsgruppen können Fachpersonen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mitarbeiten.

Im Jahr 2025 wurde das Arbeitsgruppenreglement von der Geschäftsstelle DVS überarbeitet und an die aktuellen Bedürfnisse der DVS-Arbeitsgruppen angepasst.

Die Abstimmung der Arbeitsgruppenkoordinatorinnen und -koordinatoren in der Geschäftsstelle DVS wurde im Rahmen von sechs Treffen eingeführt, mit dem Ziel, vermehrt Synergien zwischen den verschiedenen Arbeitsgruppen zu nutzen. Im November 2025 fand ein Treffen zwischen Mitarbeitenden der Geschäftsstelle, den Arbeitsgruppenleitenden und den koordinierenden Personen statt: zum Erfahrungsaustausch, aber auch, um den Inhalt und den Stand der Arbeiten sowie Querschnittsthemen der Arbeitsgruppen optimal zu koordinieren und – wo nötig – zu optimieren. Gemeinsam entwickelten sie einen Leitfaden für die Zusammenarbeit. Erste Massnahmen wurden definiert und sollen 2026 umgesetzt werden.

Tätigkeiten der Arbeitsgruppen im Rückblick

Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit

Leitung: Adrian Gutknecht, Senior Security Engineer Network, Amt für Organisation und Informatik (AIO), Kanton Solothurn

Die Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit hat sich im Jahr 2025 viermal getroffen. Im Zentrum der Sitzungen stand jeweils die Lage der Informations- und Cybersicherheit in den Kantonen. Die Teilnehmenden berichteten über Sicherheitsvorfälle und diskutierten deren Lösungen sowie Erfahrungen und Lehren daraus. Das Fachthema Quantencomputing rückte weiterhin in den Fokus des Austauschs. Die Arbeitsgruppe hat die Arbeiten an der Revision des Standards Network Security Policy gestartet. Darin werden insbesondere Themen wie Konnektivitäten für Cloud integriert. An der Gestaltung des Programms der Konferenz Informationssicherheit Bund und Kantone von SEPOS hat die Arbeitsgruppe aktiv mitgewirkt und konnte ihre Tätigkeiten an der Konferenz präsentieren.

Arbeitsgruppe Telekommunikation

Leitung: Rudolf Ehrbar, Domain Architect im Amt für Informatik des Kantons Zürich

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich im Jahr 2025 fünfmal getroffen und sich zu Netzwerkthemen, insbesondere zum sicheren Datenverbundnetz Schweiz Plus (SDVN+) und zu KOMBV-KTV ausgetauscht. SDVN+ bezeichnet ein Datenverbundnetz im Bereich des Bevölkerungsschutzes. KOMBV-KTV unterstützt den Zweck des dezentralen Vollzugs von Bundesaufgaben durch die Kantone. Projekte zur Entwicklung beider Netze wurden thematisiert, begleitet und zwischen dem Bund und den Kantonen koordiniert.

Die Arbeitsgruppe hat zudem am 28. Januar 2025 in Zürich die Fachveranstaltung «29. Landsgemeinde KOMBV-KTV» organisiert und durchgeführt. Im Jahr 2025 wurde die 30. Landsgemeinde KOMBV-KTV geplant. Diese fand am 27. Januar 2026 in Bern statt.

Arbeitsgruppe Voice

Leitung (bis Ende 2025): Michael Rathgeb, Infrastruktur Manager Mobil-Kommunikation im Amt für Informatik des Kantons Zürich

Die Arbeitsgruppe hat 2025 hauptsächlich im Bereich von Voice-Dienstleistungen mit der eOperations Schweiz AG unterstützt, indem sie im Bedarfsstellenausschuss Telekom für die nächste nationale Voice-Ausschreibung mitwirkte. Im Betrieb der aktuellen Vergabe haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe bereits diese Rolle inne und überprüfen regelmässig, wer welche Lösung einsetzt und wo es Anpassungsbedarf gibt.

An der Fachkonferenz «OneVoice 2025» am 18. Juni in Olten stand die Unterstützung von Kundensupportstellen durch KI-Lösungen im Fokus. Am Fallbeispiel des Eurovision Song Contest in Basel wurde ausserdem das Thema Kommunikation im Krisenmanagement behandelt. Die Arbeitsgruppe wirkte an der Erneuerung der Konditionserklärung mit Swisscom mit. Michael Rathgeb hat die Leitung der Arbeitsgruppe Voice per Ende 2025 abgegeben.

**Koordinationsgremium
Datenwissenschaft & KI**

Co-Leitung: Bertrand Loison, Bundesamt für Statistik und Andreas Burren, Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Das Koordinationsgremium ermöglicht mit seinen Aktivitäten Transparenz zu KI-Initiativen und schafft Synergien. Im Mittelpunkt der drei Sitzungen im Jahr 2025 standen unter anderem KI-Projekte aus den Kantonen und dem Bund sowie Open-Source-Initiativen der Wissenschaft. An insgesamt elf Treffen der drei Vertiefungsgruppen «AI Strategy & Governance», «Machine Learning» und «AI Capacity Building» wurden folgende Aufgaben bearbeitet: Erarbeitung eines praxisorientierten → [Aufgabenliste zur Erstellung einer eigenen KI-Strategie](#), Entwicklung einer Entscheidungshilfe zur Identifikation von KI-Trainingsbedarf und Erfassung von KI-Trainingsinitiativen aus 21 Kantonen und Erstellung eines Use-Case-Portfolios mit 41 KI-Projekten aus acht Organisationen zur Förderung der Transparenz und Synergien.

**Arbeitsgruppe Cloud Governance
und Workplace**

Leitung: Erich Hofer, CIO, Bau- und Verkehrsdirektion, Kanton Bern

Die Arbeitsgruppe Cloud Governance und Workplace hat im Mai 2025 ein Webinar für Interessierte in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt, um die Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen → [Studie «Second Source»](#) vorzustellen. Sie zeigt eine pragmatische Übersicht für Verwaltungen über Alternativlösungen zu Produkten von Microsoft, mit drei Ansätzen:

1. Business Continuity sicherstellen,
2. einen Plan B (Ausstieg) entwerfen,
3. ein Mittelweg, der Elemente beider Ansätze verfolgt.

Die Studie lässt einige Fragen offen, die in einer 2025 gestarteten Anschlussstudie Second Source vertieft werden. Diese legt ihren Fokus neben der operativen Umsetzbarkeit von Alternativprodukten zu Microsoft unter anderem auch auf die Konsequenzen eines Wechsels – auf technischer, organisatorischer und finanzieller Ebene. Die Ergebnisse der Anschlussstudie sollen im Sommer 2026 veröffentlicht werden.

Am 19. August 2025 fand die Fachveranstaltung der Arbeitsgruppe Cloud Governance und Workplace in Bern statt. Die Fachtagung vereinte rund 200 Vertreterinnen und Vertreter aus der Bundesverwaltung, Kantonen und Fachorganisationen sowie Anbieterinnen und Anbieter. Im Mittelpunkt standen Fragen der digitalen Souveränität, der Weiterentwicklung von Cloud- und Workplace-Lösungen sowie die Rolle von KI im Verwaltungskontext.

Die Arbeitsgruppe besuchte 2025 den Hyperscaler AWS mit dem Ziel, die Sichtweise von Hyperscalern auf das Thema digitale Souveränität einzuholen.

Die Arbeitsgruppe fungierte 2025 ausserdem als Fachgremium für die auszuhandelnden Konditionserklärungen mit Microsoft. Dank der Expertise ihrer Mitglieder hat sie die Ziele der Verhandlungen bzw. die angestrebten Inhalte der Verträge mit Microsoft zusammengetragen.

Nationales Koordinationsgremium

Datenmanagement

Co-Leitung: Mathias Steffen, Bundesamt für Statistik, Jonas Bieri, Kanton Basel-Stadt, und Andreas Burren, Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Das nationale Koordinationsgremium Datenmanagement hat im Jahr 2025 dreimal getagt. Das Gremium stellte insbesondere den Informationsaustausch zwischen den Kantonen sowie zwischen den Kantonen und dem Bund sicher. Zwei neue Vertiefungsgruppen wurden gegründet, mit dem Ziel, sich vertiefter mit den Themen Data Governance und Datenkataloge auseinanderzusetzen. Im Bereich Datenkataloge sollen insbesondere Synergien bei der Beschaffung identifiziert und genutzt werden. Das Koordinationsgremium fungierte 2025 weiterhin als Sounding-Gruppe im Rahmen der Arbeiten am Datenökosystem Schweiz.

Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID

Leitung: Titus Fleck, AR Informatik AG

Die Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID hat sich im Jahr 2025 insgesamt vier Mal getroffen. Im Fokus der Sitzungen stand insbesondere das Zusammenspiel von AGOV und der e-ID und wie sich die Kantone mit ihren Systemen auf die Einführung der e-ID vorbereiten können. Weiter hat die Arbeitsgruppe zwei Umfragen lanciert: Eine Umfrage vertiefte das Zusammenspiel der e-ID mit AGOV, eine andere Umfrage vertiefte die Nachweisverwaltung DVS4U. Die Resultate der Umfrage wurden im Rahmen des hybriden Partizipationsmeetings der e-ID mit einem Workshop zu AGOV- & e-ID-Szenarien vertieft. DVS4U wird mit diversen interessierten Kantonen weiter ausgebaut und in den Regelbetrieb überführt.

Arbeitsgruppe iSVC

Leitung: Christian Heimann, fedpol, a.i.

Die Arbeitsgruppe iSVC hat 2025 an der inhaltlichen Konzeption eines schweizweiten Systems zur Erstellung digitaler Nachweise mitgewirkt. Dabei wurde grosser Wert auf die Zusammenarbeit mit der Interoperabilitätsplattform I14Y gelegt. Ziel ist, dass die Verwaltungen über die Nachweisverwaltung DVS4U (siehe Kapitel 3.2) die Metadaten für die Erstellung digitaler Nachweise direkt aus I14Y erhalten. Verwaltungen, die auf dieser Basis digitale Nach-

weise erstellen, stellen sicher, dass ihre digitalen Nachweise von weiteren Verwaltungen gelesen oder verifiziert werden können – sie sind mit anderen Verwaltungssystemen kompatibel.

Weiterhin hat die Arbeitsgruppe iSVC 2025 den Auftrag für die Durchführung einer Vorstudie in Bezug auf einen Verifiable-Credentials-Katalog erteilt. Darin sollen Vision, Governance und Design eines solchen Katalogs festgelegt werden. Der VC-Katalog soll künftig der zentrale Einstiegspunkt für ein Ökosystem von digitalen Nachweisen sein, das auf der swiyu-Vertrauensinfrastruktur basiert.

Arbeitsgruppe Architektur

Co-Leitung: Andreas Spichiger, Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung (DTI) der Bundeskanzlei, und Marcel Kessler, Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Am 14. Mai 2025 fand das erste DVS-Architektursymposium im Centre Löwenberg Muntelier statt – eine gemeinsame Veranstaltung der Arbeitsgruppe Architektur mit der BK-DTI (→ [Rückblick Architektursymposium 2025 Muntelier](#)). An diesem ersten Symposium kamen Architektinnen und Architekten aus allen föderalen Ebenen zusammen, um gemeinsam den Grundstein für eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur zu legen.

Die Arbeitsgruppe hat 2025 entschieden, ihr Glossar zu Architekturthemen in die Terminologie-Datenbank der Bundesverwaltung TERMDAT zu überführen. Sie hat auch eine weitere Vertiefungsgruppe gegründet, zu den Themen Referenzarchitektur und Portale. Eine andere Vertiefungsgruppe, zum Thema Portalarchitektur One-Stop-Government, wurde personell verstärkt. Weiterhin hat die Arbeitsgruppe einen Projektinitialisierungsantrag für ein Zielbild zu Registerdaten natürliche Personen erarbeitet, der dem operativen Führungsgremium im März 2026 vorgelegt wird.

Ihre Themen bestimmt die Arbeitsgruppe Architektur weiterhin mit Hilfe des Architecture Decision Record, einem Architekturprüfungsprozess, der mehrfach angewendet und 2025 weiterentwickelt wurde.

Das Thema Swiss Government Cloud konnte die Arbeitsgruppe Architektur 2025 in die anfangs 2026 neu gegründete Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen überführen. Das Thema OSS-Repository wird seit 2025 im Rahmen eines

Vorhabens des Schwerpunkts «Cloud-enabled-Government ermöglichen» behandelt.

**Arbeitsgruppe Beschaffungen
(seit Oktober 2025)**

Co-Leitung: Volker Schindler, eOperations Schweiz AG, und Isabelle Grünig, Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Die 2025 gegründete Arbeitsgruppe Beschaffungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden und Städte, Kantone und der Bundesverwaltung ermittelt den Beschaffungsbedarf der Gemeinwesen, kategorisiert und priorisiert ihn strategisch. Sie kann Beschaffungsgemeinschaften bilden. Zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgruppe Beschaffungen gehört, den Beschaffungsbedarf von Gemeinwesen frühzeitig zu erheben, strategisch zu priorisieren und taktisch zu bündeln, Wissen und Erfahrungen zu teilen und Synergien zu nutzen sowie durch ein gemeinsames Auftreten am Markt Skaleneffekte zu erzielen. Dem Aufruf zur Mitwirkung in der Arbeitsgruppe im Sommer 2025 folgten zahlreiche Vertretende von Bund, Kantonen und Städten, darunter Juristinnen und Juristen, Sourcing Manager, CIO und weitere Fachpersonen, die ihre Beschaffungsvorhaben koordinieren wollen und ihre jeweilige Expertise einbringen. An der ersten Sitzung im Oktober 2025 in Bern haben sie sich über laufende und geplante Beschaffungen ihrer Organisationen informiert und diese bereits zum Teil konsolidiert.

**Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen
(im Aufbau Ende 2025)**

Co-Leitung: Jannick Griner, Swiss Government Cloud (BIT), und Galina Timofeeva, Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Nachdem der Bedarf für eine neue Arbeitsgruppe adressiert wurde, konnte im Herbst 2025 mit dem Aufbau und der Konkretisierung gestartet werden. Ziel der Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen ist, Cloud-Herausforderungen gemeinsam und effizient zu lösen. Die Arbeitsgruppe bietet Verantwortlichen für Cloud-Infrastrukturen in Gemeinden, Kantonen und beim Bund einen strukturierten Rahmen für den regelmässigen Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Die Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen wurde am 13. Januar 2026 anlässlich eines Kick-Off-Meetings im Haus der Kantone in Bern gegründet. Nach einem Grusswort von Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die DVS, und Stefano Camuso, Programmleiter des Programms Swiss Government Cloud (SGC), erhielten die Anwesenden unter anderem Informationen zu den Cloud-Aktivitäten der Geschäftsstelle DVS sowie ein Update zum Programm SGC. Ebenso wurden Fragen und Themen für die zukünftigen Treffen der Arbeitsgruppenmitglieder diskutiert.

Tätigkeiten der Projektgruppen im Rückblick

Im Allgemeinen vertreten Projektgruppen in Projekten die Anwenderinnen und Anwender sowie deren Interessen. Sie verwalten die mit den Fachbereichen abgestimmten und eindeutigen fachlichen Lösungsanforderungen als stabile Basis für die Realisierung und sind für den fachlichen Erfolg der Entwicklung verantwortlich. Die Projektgruppen sind Ansprechpartner, sowohl für die Entwickler als auch für die Stakeholder. Damit bilden sie in der Projektorganisation einen verbindlichen Kommunikationskanal. Bei der DVS bilden sich die Projektgruppen – im Gegensatz zu den ständigen Arbeitsgruppen – punktuell.

Projektgruppen für die Verhandlungen von Konditionserklärungen

Leitung: situativ

Einzelne Projektgruppen werden je nach Bedarf zur Bildung, zur Pflege der Konditionserklärungen, zur Wiederaufnahme oder zur begründeten Auflösung gebildet. Um in diesem Bereich noch stärker aufzutreten, wurde die Geschäftsstelle DVS 2025 personell verstärkt. Unter der Leitung von Isabelle Grünig wurde die Arbeitsgruppe Beschaffungen gegründet, die im Bereich Konditionserklärungen unterstützen wird.

Für die Erneuerung der Konditionserklärung mit Microsoft wurde eine Projektgruppe gegründet. Sie wirkte bis zur Unterschrift der neuen Konditionserklärung im April 2025. Diese neue Konditionserklärung untersteht dem Schweizer Recht. Damit ist ein Schritt in Richtung Digitale Souveränität gelungen. 2025 fanden erste weitere Gespräche mit Anbietenden statt, die 2026 fortgeführt werden.

Projektgruppe AGB für IKT-Leistungen und Vertragsvorlagen

Leitung: Greg Hernan, Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Die revidierten AGB – erarbeitet von einer Projektgruppe bestehend aus Fachpersonen aus den Kantonen Bern, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, der Geschäftsstelle DVS und einem externen Anwaltsbüro – wurden von den Delegierten der DVS bewilligt und dem operativen Führungsgremium zur Genehmigung empfohlen. Das operative Führungsgremium hat die revidierten AGB in der Folge genehmigt und zur Publikation freigegeben. Die AGB für IKT-Leistungen, Ausgabe 2025, wurden im März 2025 veröffentlicht. Sie wurden am Swiss eGovernment Forum im gleichen Monat erstmals vorgestellt sowie erneut an der IT-Beschaffungskonferenz im August 2025.

Die Vertragsvorlagen wurden 2025 an die revidierten AGB angepasst und in vier Sprachen publiziert.

3.4 Operative Koordination beim Umsetzungsplan

Für die unterjährige operative Steuerung des Umsetzungsplans ist das operative Führungsgremium zuständig. Ein Controllingbericht dient dem Gremium als Entscheidungsbasis.

Um eine koordinierte Umsetzung des Umsetzungsplans zu gewährleisten, organisiert die Geschäftsstelle DVS Sitzungen für den Austausch zwischen den Projektleitenden der Massnahmen. Die gegenseitige Information und Abstimmung der Projektaktivitäten standen im Fokus dieser Treffen.

3.5 Mittelverwendung Finanzierung

Der folgende Auszug aus der Jahresrechnung 2025 der DVS gibt einen Überblick über die im Jahr 2025 verwendeten Mittel. Bund und Kantone haben insgesamt **sechs Millionen Franken (Grundfinanzierung)** zur Verfügung gestellt. Damit stellen Bund und Kantone die Finanzierung der im Umsetzungsplan aufgeführten Massnahmen sowie der Geschäftsstelle DVS sicher.

Um den Aufbau von dringend erforderlichen digitalen Infrastrukturen und Basisdiensten für die Abwicklung von elektronischen Prozessen zu beschleunigen, haben Bund und Kantone für die Finanzierung der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» (Agenda DVS) zusätzliche Mittel von insgesamt **20.6 Millionen Franken** für das Jahr 2025 bereitgestellt.

Im Jahr 2025 standen insgesamt Mittel im Umfang von CHF 26 675 000 zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den paritätischen Beiträgen von Bund und Kantonen von je CHF 3 000 000 für die Grundfinanzierung und CHF 20 600 000 Anschubfinanzierung von Bund (2/3) und Kantonen (1/3) für die Agenda DVS. Hinzu kommen CHF 75 000 aus Beiträgen der einzelvertraglich mitwirkenden Städte und Gemeinden sowie des Landes Liechtenstein. Ebenfalls hinzu kommt der einmalige Betrag aus der Auflösung des Vereins eGovernment-Symposium von CHF 7 000. Im Jahr 2025 standen CHF 4 473 000 zweckgebundene Reserven aus den Vorjahren zur Verfügung. Davon wurden CHF 601 000 verwendet.

Internes Kontrollsystem IKS und Risikomanagement

An der Sitzung des politischen Führungsgremiums vom 3. April 2025 wurde über die laufenden Überprüfungen im Rahmen des Internen Kontrollsystem (IKS) informiert. Mit dem Controllingbericht zum Umsetzungsplan wurde das politische Führungsgremium ebenfalls am 3. April 2025 über die Strategieumsetzung und deren Herausforderung ins Bild gesetzt.

Mit dem Risikomanagement werden die Risiken für die Zusammenarbeitsorganisation DVS identifiziert, regelmässig bewertet und mit zweckmässigen Massnahmen auf einem akzeptablen Niveau gehalten. Dem operativen Führungsgremium wurde im November 2025 ein Bericht vorgelegt, der in einer gesamtheitlichen Sicht eine übergeordnete Einschätzung über verschiedene Teilbereiche und die in den jeweiligen Berichterstattungen erfassten Risiken hinweg abgibt.

Ausgaben	Abschluss 31.12.2025 in CHF
Agenda DVS (Projektbeiträge der Anschubfinanzierung)	15 024 000
Übrige Projekte (Grundfinanzierung)	2 629 000
Leistungsschwerpunkte	1 001 000
Geschäftsstelle (Sach-, Betriebs- und Personalaufwand)	3 909 000
Total	22 563 000

Es werden 7 519 000 Franken aus der Anschubfinanzierung ins Jahr 2026 übertragen.

4



Monitoring

Mit dem Monitoring werden bei der Digitalen Verwaltung Schweiz Qualität, Quantität und Nutzungsintensität von elektronischen Behördendienstleistungen überprüft. Sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite werden dafür mit dem In- und Ausland verglichen. Die Ergebnisse aus dem Monitoring dienen den Gremien der DVS als Basis zur Überprüfung und Entwicklung der Strategie sowie der Umsetzungsplanung der DVS. Auch dient das Monitoring den Fachpersonen und der Öffentlichkeit als Informationsgrundlage über den Fortschritt im Bereich der digitalen Behördenleistungen der digitalen Verwaltung in der Schweiz.

4.1 Monitoringbericht

Im Auftrag des Beauftragten DVS und zuhanden der Gremien der DVS erstellt die Geschäftsstelle DVS jeweils im ersten Quartal eines Jahres den Monitoringbericht. Er beinhaltet aktuelle und wesentliche Beobachtungen aus nationalen und internationalen Studien des Vorjahrs im Bereich digitaler Behördenleistungen. Wesentliche Indikatoren zur Bemessung des Fortschritts der digitalen Verwaltung stellen dabei die Nachfrage nach sowie das Angebot an digitalen Behördenleistungen dar. Sie zeigen die Fortschritte im Bereich der digitalen Verwaltung. Aus den Erkenntnissen des Monitorings werden im Bericht wichtige Handlungsmaßnahmen für die Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung abgeleitet.

Im April 2025 wurde der → [Monitoringbericht 2025](#) der DVS publiziert (bezieht sich auf die Aktivitäten im Jahr 2024).

4.2 Monitoring-Aktivitäten und Studien

Das Monitoring 2025 umfasst Ergebnisse aus internationalen und nationalen Studien aus dem Jahr 2025. Folgende Studien wurden berücksichtigt:

Studie	Gegenstand und Messindikatoren
→ Nationale E-Government Studie 2025 (durchgeführt durch die DVS)	Die Schweizer Bevölkerung, die Unternehmen und die Verwaltung wurden für die Nationale E-Government-Studie 2025 über die Nutzung und die Umsetzung von elektronischen Behördenleistungen sowie zur Nutzung von KI-Anwendungen befragt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden Ende März 2025 publiziert. Ein Schwerpunktbericht zum Thema Künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung erschien im August 2025.
→ Schwerpunktbericht «KI in der öffentlichen Verwaltung» 2025 (herausgegeben von der DVS)	Untersucht die Anwendung der künstlichen Intelligenz (KI) im Rahmen der Nationalen E-Government-Studie 2025.
→ eGovernment Benchmark-Bericht 2025	Misst und vergleicht den Fortschritt in der Digitalisierung der Verwaltungen in Europa (27+). Untersucht «Nutzerzentriertheit», «Transparenz», «Grenzüberschreitende E-Services» und «Basisdienste» in Bezug auf neun Lebensereignissen wie z. B. Geburt, Umzug, Unternehmensgründung. Der Bericht wurde von der Europäischen Kommission im Juni 2025 herausgegeben.

Nationale E-Government-Studie 2025: Nutzung digitaler Behördenleistungen steigt weiter an

Die Geschäftsstelle DVS und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) haben in Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut DemoSCOPE die Nationale E-Government-Studie 2025 durchgeführt. Im Rahmen der Nationalen E-Government-Studie 2025 wurden im Herbst 2024 zum vierten Mal die Schweizer Bevölkerung, Unternehmen und die Verwaltung zur Nutzung und Umsetzung von elektronischen Behördenleistungen befragt. Zentrale Ergebnisse der Nationalen E-Government-Studie 2025 wurden im Rahmen des «Swiss eGovernment Forum» vom 25. März 2025 einem Fachpublikum vorgestellt. Diese sind unter anderem:

- Der Online-Trend hält an: Bevölkerung und Unternehmen nutzen immer häufiger digitale Leistungen der Behörden.
- Das Angebot steigt seitens der Behörden.
- Gleichzeitig wissen viele Nutzende nicht, welche Angebote digital verfügbar sind – sie wünschen sich eine bessere Auffindbarkeit der Leistungen.
- Aus Perspektive der Schweizer Verwaltungen wird zunehmend wichtiger, dass die Abwicklung von Behördenleistungen durchgängig digital erfolgt und Prozesse medienbruchfrei erfolgen.

→ [Nationale E-Government-Studie 2025](#)

Wie hoch Bevölkerung, Unternehmen und Verwaltungen ihr Wissen zu KI einschätzen, wo sie KI bereits nutzen oder wofür sie sie künftig einsetzen möchten, wurde in der Befragung zur Nationalen E-Government-Studie als Fokusthema vertieft. Im August 2025 erschien ein Schwerpunktbericht «KI in der öffentlichen Verwaltung», der die Erkenntnisse aus dieser Erhebung zusammenfasst:

- Die Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung stand zum Zeitpunkt der Befragung noch am Anfang.
- In allen befragten Zielgruppen wird der Wissensstand zu KI als gering eingestuft.
- Zwei Drittel der Unternehmen setzen noch gar keine KI ein.
- Auch die Verwaltungen, besonders die Gemeinden, nutzen KI meist nur in geringem Umfang.
- Die vorgängige Regulierung von KI durch Kantons- oder Bundesvorgaben wird als wesentlich betrachtet. Dabei sind die Chancen bekannt.
- Sowohl in Unternehmen als auch in der Verwaltung wird KI wenn, dann vor allem für interne Anwendungen genutzt. Ziel ist, Zeit zu sparen und Abläufe zu automatisieren.
- Als Schlüsselfaktor für die vermehrte Nutzung von KI in der öffentlichen Verwaltung wird die Schulung der Mitarbeitenden, auch in Bezug auf Datenschutz, genannt.

→ [Schwerpunktbericht KI in der öffentlichen Verwaltung](#)

4.3 Projekt zum strategischen Monitoring

Mit dem Projekt «Zukunft strategisches Monitoring» wurde Anfang 2025 ein Projekt gestartet, bei dem es um die Evaluation der bisherigen Monitoring-Aktivitäten der DVS geht. Im Rahmen des Projekts wurden Ziele, Zielgruppen, Erwartungen, derzeitige Umsetzung und inskünftige Umsetzungsmöglichkeiten des Monitorings im Rahmen eines Workshops mit Mitgliedern aus dem operativen Führungsgremium auf den Prüfstand gestellt.

Ziel wird in Zukunft sein, die Planungen und Strategien besser auf Evidenzen zu stützen, Wirkungen und Good-Practices besser aufzuzeigen und politische Forderungen und Debatten abzubilden. Hierfür sollen in Zukunft bestehende Rankings noch zielgerichteter genutzt, wo notwendig eigene Evaluationen durchgeführt und die Ergebnisse wirksamer an die Zielgruppen geteilt werden.

4.4 Die wichtigsten Zahlen, Daten, Fakten aus dem Monitoring 2025

Nachfrage

73 %

der Bevölkerung erledigen mindestens die Hälfte der Behördendienste online (2021: 69%).



Nationale E-Government-Studie 2025

46 %



der Befragten in der Schweiz geben an, dass ihre Erwartungen an eine moderne und digitale Verwaltung erfüllt werden (Deutschland: 15%, Österreich: 36%).

eGovernment MONITOR 2025

81 %



der Befragten in der Schweiz finden, dass sich das Angebot digitaler Behördenleistungen sehr (25%) oder ein wenig (56%) verbessert hat.

eGovernment MONITOR 2025

53 %

der Bevölkerung wünschen sich bessere Informationen darüber, welche Behördenleistungen online verfügbar sind.

Nationale E-Government-Studie 2025

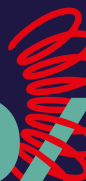
66 %



der Schweizer Bevölkerung nehmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kontext der Digitalisierung als gefährdet wahr. Insbesondere Manipulation und Desinformation (78%) wird dabei als grösstes Risiko wahrgenommen.

Digitalbarometer 2025, Stiftung Risiko-Dialog

78 %



der Schweizer Unternehmen nutzen bereits für mindestens die Hälfte ihrer Behördenanliegen den Onlinekanal. Zeitersparnis und Flexibilität sind hauptsächlich ihre Motivation.

Nationale E-Government-Studie 2025

37 %



der befragten Unternehmen kennen den für sie konzipierten Online-Schalter EasyGov.swiss (2021 waren es rund 8% weniger), der Dienstleistungen wie Unternehmensgründung und -auflösung aber auch Betriebsbegehren und zahlreiche weitere elektronische Behördenleistungen anbietet.

Nationale E-Government-Studie 2025

Angebot



Die von den Kantonen am häufigsten durchgängig digital angebotenen Leistungen sind

67 %

die **Entgegennahme** einer **Steuererklärung**

83 %

die Beantragung einer **Fristverlängerung** für die **Steuererklärung**

67 %

die Verwaltung / Änderung von **MFK-Terminen**

Nationale E-Government-Studie 2025

40 %

der Gemeinden und knapp 60% der Kantone haben eine Vereinbarung zur E-Government-Zusammenarbeit. Dieser Anteil ist sowohl bei den Gemeinden (+ 7%) also auch bei den Kantonen (+ 15%) gegenüber 2021 deutlich angestiegen.

Nationale E-Government-Studie 2025



Knapp

60 %

der befragten Gemeinden und Städte gaben an, bei der Digitalisierung Nachzügler zu sein. Viele Schweizer Gemeinden fühlen sich in punkto Cybersicherheit ungenügend vorbereitet.

Gemeindeumfrage zur Digitalisierung 2025 des Vereins Myni Gmeind mit dem Schweizerischen Gemeindeverband

75 %

der Kantone

65 %

der Befragten des Bundes

38 %

der Gemeinden

... nennen Personalmangel das grösste Hindernis für den Einsatz von KI.

87 % der Kantone unternehmen bereits Schulungs- und Informationsaktivitäten zum Einsatz von KI.

Schwerpunktbericht «KI in der öffentlichen Verwaltung» 2025

5

Kommuni- kation



5.1 Vernetzung und Wissensaustausch

Zur Stärkung von Vernetzung, Zusammenarbeit und Wissensaustausch innerhalb der öffentlichen Verwaltungen aller drei Staatsebenen und mit der Privatwirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, hat die Geschäftsstelle DVS 2025 an verschiedenen Fach- und Publikumsveranstaltungen sowie Partnertreffen teilgenommen. Einige Anlässe führte die Geschäftsstelle selber durch, an anderen beteiligte sie sich. Die Sitzungen des politischen und des operativen Führungsgremiums sowie Koordinationssitzungen sind in der nachfolgenden Übersicht nicht aufgeführt. Im Jahr 2025 fanden zudem mehr als 30 Arbeitsgruppensitzungen statt, die ebenfalls nicht in der Übersicht aufgeführt sind.

28.01.2025

29. Landsgemeinde
KOMBV-KTV der Arbeitsgruppe
Telekommunikation
Zürich



05.02.2025

Präsidienklausur KdK –
Direktorenkonferenzen
Konolfingen
mit Referat von P. Giarritta



05.02.2025

Delegiertenversammlung der DVS
Bern



26.02.2025

Fachgruppe Digitale
Verwaltung der Schweizerischen
Staatsschreiberkonferenz (SSK)
Bern

25./26.03.2025

Swiss eGovernment Forum 2025
Bern
mit Referat zum Thema One-Stop-Government
von P. Giarritta
Contact Point der Geschäftsstelle DVS und drei
von der DVS gehosteten Solution-Präsentationen

06.–07.04.2025

Hackathon «Open Legal Lab» des Vereins
eJustice.ch mit dem Bundesamt für Justiz (BJ)
und Opendata.ch sowie der DVS als Partnerin
Magglingen



**E-GOVERNMENT
SYMPOSIUM**

06.05.2025

eGovernment-Symposium
Neuenburg
mit Referat von P. Giarritta und
Informationstisch der Geschäftsstelle DVS

07.05.2025

**Webinar Arbeitsgruppe Cloud
und Workplace zu den Ergebnissen
der Studie Second Source**
online

08.05.2025

eCH-Generalversammlung
Bern und online

14.05.2025

**Architektursymposium,
Fachveranstaltung
der Arbeitsgruppe Architektur**
Muntelier

15.05.2025

**Fachgruppe Digitale Verwaltung
der Schweizerischen
Staatsschreiberkonferenz (SSK)**
Bern



02.06.2025

**Sessionsbesuch Ostschweizer
Regierungskonferenz**
Bern
mit Referat von P. Giarritta

18.06.2025

**One-Voice-Konferenz,
Fachveranstaltung
der Arbeitsgruppe Voice**
Olten

21.08.2025

**Fachgruppe Digitale Verwaltung
der Schweizerischen
Staatsschreiberkonferenz (SSK)**
Bern

19.08.2025

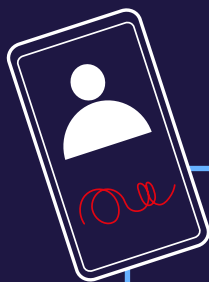
Cloud- und Workplace-Konferenz
Fachveranstaltung der Arbeitsgruppen
Cloud und Workplace
Bern

17.09.2025

**Abendveranstaltung
des Vereins eCH zu e-ID
und Wallet-App swiyu**
Bern

27.08.2025

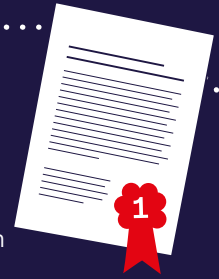
**IT-Beschaffungskonferenz
der BFH**
Bern



18.09.2025

Preisverleihung eGovernment-Wettbewerb

1. Platz in der Kategorie «Verwaltungsprozesse von Anfang bis Ende neu gedacht» für das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung Thurgau mit dem Vorhaben «DVS4U – Digitale Nachweise für Kantone & Gemeinden»
Berlin



18.–19.09.2025

Delegiertenversammlung der DVS
Fribourg



25.09.2025

Nationale Cybersicherheitskonferenz
Bern



27.10.2025

Kick-Off der Arbeitsgruppe Beschaffungen
Bern

30.10.2025

Forum Digitale Kommunikation der BK
in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle DVS
Bern



31.10.–01.11.2025

E-Collecting Hackathon
Bern



19.11.2025

Konferenz Informationssicherheit
Bund und Kantone von SEPOS
Bern

13.11.2025

Nationale Föderalismuskonferenz
Zug
mit Referat von Regierungsrat M. Mächler
zu «Digitalisierung und Föderalismus»

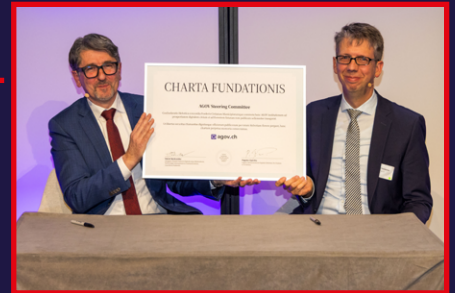
21.11.2025

Tag der digitalen Inklusion mit Nationaler E-Accessibility-Fachtagung

Online-Veranstaltung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) und Partnerschaft mit der DVS und der Allianz Digitale Inklusion Schweiz ADIS

26.11.2025

**Fachanlass AGOV
mit Gründung
Steering Committee
AGOV**
Lausanne



04.12.2025

**Swiss Community Day on Data,
in Zusammenarbeit mit
dem Bundesamt für Statistik BFS**
Zürich

04.12.2025

**Fachgruppe Digitale Verwaltung
der Schweizerischen
Staatsschreiberkonferenz (SSK)**
Bern

09.12.2025

**Webinar zum eGovernment-Benchmark-Bericht:
Übersicht und Resultate der Schweiz**
Online-Veranstaltung der Geschäftsstelle DVS



16.12.2025

Webinar Swiss Government Cloud
Informationen zum Stand der Umsetzung,
Online-Veranstaltung der Programmleitung SGC (BIT)
und der Geschäftsstelle DVS

→ 2026

5.2 Newsletter

Sechs Ausgaben des → [Newsletters der Digitalen Verwaltung Schweiz](#) wurden im vergangenen Jahr auf Deutsch und Französisch verschickt. Der Newsletter zählte Ende 2025 rund 3500 Abonnentinnen und Abonnenten. Die DVS informiert in ihrem Newsletter regelmässig zum Thema Digitalisierung und IT in der öffentlichen Verwaltung. Sie bietet Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie Partnerinnen und Partnern aus ihrem Netzwerk die Möglichkeit, Beiträge beizusteuern.

5.3 Website

Die Website → [digitale-verwaltung-schweiz.ch](#) ist viersprachig verfügbar. Sie verzeichnete im Jahr 2025 rund 90 000 Besuche (2024: 91 650) und rund 178 000 Seitenansichten (2024: 180 130). In der Rubrik «News» werden regelmässig Neuigkeiten oder Medienmitteilungen publiziert. Eine Veranstaltungsübersicht informiert über anstehende Anlässe. Im Downloadcenter für Publikationen stehen verschiedene Studien, Berichte oder Dokumente zur Verfügung. Weiter werden die Projekte und Massnahmen aus dem Umsetzungsplan DVS und die Gremien der DVS vorgestellt. Im Jahr 2025 wurden im → [«Wissensblog Recht»](#) weitere Artikel publiziert: Der Blog beantwortet Fragen aus dem E-Government-Recht und ordnet relevante Gesetze ein. Der Blog ist eine Zusammenarbeit der Geschäftsstelle DVS mit dem Verein eJustice.ch.

5.4 Publikationen

Die Geschäftsstelle hat 2025 die Nationale E-Government-Studie 2025 drucken lassen und für alle anderen Publikationen auf Online-Veröffentlichungen gesetzt.

Jahresbericht Digitale Verwaltung Schweiz 2024

Der Jahresbericht wurde vom politischen Führungsgremium der DVS am 3. April 2025 gutgeheissen. Der → [Jahresbericht 2024](#) ist auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der Website der DVS zum Download verfügbar.

Monitoringbericht 2025

Der Monitoringbericht fasst mit einer selbstkritischen Einschätzung die aktuelle Situation zusammen und bietet Hilfestellung bei der Formulierung notwendiger Handlungsschwerpunkte und Massnahmen. (→ [Monitoringbericht DVS 2025](#))

Weiter hat die Geschäftsstelle DVS im Jahr 2025 die Nationale E-Government-Studie veröffentlicht. In den DVS-Arbeitsgruppen wurden zudem verschiedene Studien und Berichte erarbeiten und publiziert:

- Nationale E-Government-Studie 2025
→ [Studienbericht Nationale E-Government-Studie 2025](#)
- Schwerpunktbericht KI in der öffentlichen Verwaltung
→ [Schwerpunktbericht KI Nationale E-Government Studie 2025](#)
- Studie Second Source im Auftrag der Arbeitsgruppe «Cloud Governance und Workplace»
→ [Second Source](#)

5.5 Medienarbeit

Die Geschäftsstelle konnte im Jahr 2025 wieder Artikel und Interviews in Fachpublikationen platzieren. Über die sozialen Medien war die Geschäftsstelle insbesondere auf LinkedIn aktiv.

Nachfolgend eine Auflistung von Beiträgen mit Einbezug der Geschäftsstelle DVS in Fachpublikationen

Digital-Ratgeber im Magazin «Schweizer Gemeinde» (eine gemeinsame Initiative mit dem Schweizerischen Gemeindeverband)

- Welchen Mehrwert bieten die neuen AGB für IKT-Leistungen?
→ [Schweizer Gemeinde \(Ausgabe 5 2025\)](#)
- Studie: viele Gemeinden zögern noch, KI einzusetzen
→ [Schweizer Gemeinde \(Ausgabe 9 2025\)](#)
- Wie stärken Gemeinden die digitalen Kompetenzen ihrer Mitarbeitenden?:
→ [Schweizer Gemeinde \(Ausgabe 12 2025\)](#)

Im Spannungsfeld der digitalen Transformation

Abraxas-Magazin, Portrait P. Giarritta, November 2025 (→ [Digitaler Mensch: Peppino Giarritta | Abraxas Magazin](#))

Effizient und vernetzt – wie digitale Verwaltung Bergregionen stärkt

Montagna, Zeitschrift der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, März 2025 (nur gedruckt erhältlich, → [Inhalt.montagna.3.25.pdf](#))

Impressum

Der Jahresbericht wurde vom politischen Führungsgremium der DVS am 23. April 2026 gutgeheissen.

Herausgeberin

Digitale Verwaltung Schweiz

Kontakt

Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Haus der Kantone

Speichergasse 6

CH-3003 Bern

→ info@digitale-verwaltung-schweiz.ch

→ digitale-verwaltung-schweiz.ch

Redaktion Jahresbericht

Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Gestaltung

→ wapico.ch

Herausgabe April 2026,
der Bericht ist als PDF zum Download verfügbar

© Copyright Digitale Verwaltung Schweiz



Digitale Verwaltung Schweiz
Administration numérique suisse
Amministrazione digitale Svizzera

